Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.
Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.
Fernsprecher der Leitung Nr. 2535; der Redaktion Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Neununddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich siebenmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.
Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 609. Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 30. Dezember **1905.**

Politische Wochenschau.

Es war also nichts Wahres an dem „Ultimatum" des Reichsschatzsekretärs. Wenigstens versichert so die „Nordd. Allg. Ztg.". Jedenfalls aber ist das richtig, daß die verbündeten Regierungen ihre Steuerbukettvorlagen als einen einheitlichen Gesetzentwurf betrachtet wissen wollten. Dieser Auffassung ist zur Genüge Ausdruck gegeben worden, und hiergegen richtete sich ganz besonders der Widerspruch. Man entnimmt aus dem Dementi der „Norddeutschen", daß der Reichsschatzsekretär jetzt nicht mehr so unweigerlich an der Einheit seiner Steuerentwürfe festhält. Er will vielmehr mit sich reden lassen. In der Presse der Zentrumspartei begegnet die Regierung keinem großen Bewilligungseifer. Die Partei will zunächst ihren Spahn wieder in den Reichstag bringen. Er verkündete aus Gründen der Wahlagitation, daß er in Fragen der Steuerpolitik sich vollkommen mit dem Programm der Zentrumspartei identifiziere. Nun, diese Erklärung besagt ebensowenig wie die jetzige oppositionelle Haltung der Zentrumspresse. Wird dem Zentrum irgend ein kirchenpolitischer Vorteil gewährt, so wird es schon bald in seinem oppositionellen Eifer erlahmen. Bekanntlich haben sich die Mitglieder der Zentrumsfraktion in den letzten Jahren kaum jemals an die Haltung, die ihre Presse einnahm, gebunden erachtet, und so wird man auch diesesmal den Umfall der „regierenden" Partei erleben. Auch als Reichstagsretter möchte sich das Zentrum bei dieser Gelegenheit aufspielen. In die Presse wurde die Nachricht lanziert, daß Herr Spahn bei seinem jüngst bekannt gewordenen Besuch beim Reichskanzler ein Entgegenkommen der Reichsregierung in der Reichstagsdiätenfrage ausgewirkt habe. Die Diätenfrage darf jedenfalls mit aus der Reichsfinanzreform verquickt werden. Es geschähe sonst leicht, daß die Bewilligung der Diäten als eine Belohnung für die Bewilligung von Steuern darstellte, die vom Volke nicht getragen werden können. Ein solcher Handel müßte als eine schwere Schädigung des Parlamentarismus empfunden werden, und zu scharfen Protesten herausfordern.

Die Protestbewegung gegen die neuen Steuern hat bereits einen großen Umfang angenommen. Nachdem sich zunächst die Tabak- und Brauerei-Interessenten gerührt, beginnt jetzt auch der Mittelstand der Kaufleute und Gewerbetreibenden gegen die enormen Verkehrsbelastungen zu protestieren, welche die neuen Quittungs-, Frachtbrief- und sonstigen Stempelsteuern darstellen. Nach den Erklärungen der in Betracht kommenden Politiker muß man diese Steuern, zumal diejenigen, welche den Geschäfts- und Personen-Verkehr belasten, als vollständig aussichtslos bezeichnen. Eine einzige Steuer allein hat Gnade vor den Augen der Parteien gefunden: die Reichserbschaftssteuer; freilich auch diese nicht durchweg, zumal nicht in der Erweiterung, die ihr vom Zentrum zugedacht ist. Nun sucht die Zentrumspresse die Widersprüche aus mittelständischen und bauerlichen Kreisen gegen ihre Erbschaftssteuerpläne dadurch zu beseitigen, daß sie eine Freilassung der Erbschaften bis zu 100,000 M. bei Ehegatten und Deszendenten in Aussicht stellt. Aber nach wie vor erscheint das gesamte finanzreformatorische Gebiet in einem wilden Chaos, sodaß sich absolut keine erkennbaren Merkmale für die künftige Gestaltung entdecken lassen. Auch die nach Neujahr im Reichstage stattfindende Steuerdebatte wird die Situation wohl noch nicht klären.

Die Schulvorlage des Herrn Studt hat in allen Teilen der preußischen Monarchie eine starke Protestbewegung zur Folge gehabt. Zahlreiche Lehrervereinigungen und Stadtverwaltungen haben auf die großen Mängel des Entwurfs hingewiesen. In Berlin trat am Donnerstag die Generalversammlung preußischer Volksschullehrerinnen und am Freitag der preußische Volksschullehrertag zu einer Kundgebung gegen den Entwurf zusammen. In der nächsten Woche werden die provinziellen Städtetage und am 15. Januar der preußische Städtetag eine Demonstration gegen die Vorlage inszenieren. Möchte es gelingen, die schwere Gefahr, welche der Schulunterhaltungsentwurf für das nationale Kulturleben und für das Rechtsleben eines freiheitlichen deutschen Städtewesens bedeutet, durch einmütigen legalen Protest aus dem Wege zu räumen.

Die Sozialdemokratie wartete mit der Weihnachtsüberraschung der geplanten Massendemonstrationen auf, die nach dem Beispiel von Dresden und Chemnitz nun auch in Berlin und den übrigen preußischen Städten, sowie in Hamburg bewerkstelligt werden sollen. Ein großer Teil der bürgerlichen, vielfach nach rechts neigenden Presse fängt angesichts der geäußerten sozialdemokratischen Absicht an, in eine kaum für möglich gehaltene Nervosität zu verfallen. Jedenfalls ist der Rechtsstandpunkt und das Gesetz seitens der in Betracht kommenden Behörden genau und ohne Voreingenommenheit zu beobachten. Es ist nicht anzunehmen, daß die Sozialdemokratie die Torheit begehen wird, ihren für deutsche Zustände als ein zweifelloses Wagnis zu bezeichnenden Schritt, der für sie möglicherweise selbst die schlimmsten Folgen zeitigen kann, provokatorisch auszugestalten. Die liberalen Kreise des Volkes haben natürlich kein Interesse daran, das Bestreben der Rechten irgendwie zu unterstützen, bei dieser ihnen günstigen Gelegenheit die Massen zu provozieren, um dann mit Ausnahmegesetzen gegen sie vorzugehen und neue sozialpolitische Reformen hintanzuhalten. Vermutlich wird die Sozialdemokratie bald einsehen, wie sehr sie mit ihrem jetzt beabsichtigten Treiben einer politischen Verirrung anheimgefallen ist.

Einen sehr bedenklichen Weg, vor dem nicht genug gewarnt werden kann, hat der Hamburger Senat mit seiner Wahlentrechtungsvorlage betreten, die nunmehr vom Ausschuß der Bürgerschaft angenommen worden ist und demnächst im Plenum zur Beratung gelangt. Diejenigen Bürger Hamburgs, die weniger als 2500 Mark Einkommen zu versteuern haben, sollen in Zukunft ein wesentlich vermindertes Wahlrecht besitzen, als diejenigen, die über 2500 Mark Einkommen versteuern. Es ist also ein Zweiklassenwahlsystem ausgetüftelt worden. Die Wähler der geringeren Steuerklasse sollen nur halb so viel Mitglieder wählen dürfen wie die der höheren Steuerklasse. Auch insofern ist das Wahlrecht sehr kompliziert, als die Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl erfolgen soll, wobei ferner die beiden Steuerklassengruppen nicht Sonderkandidaten wählen, sondern jedesmal gemeinsame Vorschlagslisten mit gemeinsamen Kandidaten aufstellen und die Stimmen aus beiden Gruppen bei der Zählung vereinigt werden. Der Ausschuß begründet sein reaktionäres Machwerk damit, daß er sagt, auf andere Weise ließe sich die Erfüllung des Hamburger „Staatszweckes" nicht erreichen. Den Herren also erscheint der Hamburger Staatszweck als eine für alle Zeiten gegebene Größe etwa wie das Parsitum, die keinen zeitlichen Modifikationen unterworfen sei. Wir hätten auf diese Weise den Absolutismus der Plutokratie glücklich erreicht, wobei es fraglich, ob er vielleicht nicht noch schlimmer ist als der Absolutismus der Monarchie, der Absolutismus der Kirche oder der Absolutismus der Landarisokratie einst gewesen sind. Was das Volk zu solchen Vorgängen sagt, das lehren die Reichstagswahlen, wo für die Sünden der Einzelstaaten dem Reiche die Quittung präsentiert wird.

Die deutsch-englische Versöhnungsaktion hat auch in dieser Woche wieder Fortschritte gemacht. Eine Einladung zum Besuche Berlins erging seitens der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft an Lord Avebury, Sir Thomas Barclay und den Lordmayor von London. Eine Reihe von Handelskammern, Köln, Frankfurt a. M., Hamburg und Bremen usw. nahmen Sympathiekundgebungen für England an. In München gründete sich ein Versöhnungskomitee aus allen Kreisen der Bevölkerung. In Frankfurt a. M. wird der Handelsvertragsverein in der nächsten Woche eine große England freundliche Verbrüderungsaktion in Szene setzen. Der englische Kreuzer „Saphire", der in Kiel auf Segelorder nach Riga wartete, sandte dem dortigen deutschen Geschwader einen freundlichen Weihnachtsgruß, und zwischen dem Kaiser und König Eduard sollen sehr herzlich gehaltene Glückwunschschreiben zum Weihnachtsfeste gewechselt worden sein. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß die freundliche Stimmung in beiden Ländern immer mehr zunimmt, womit einer glücklichen Gestaltung der künftigen Beziehungen beider Reiche aufs beste vorgearbeitet wird.

Campbell-Bannermans Programmrede in London hat bei den Konservativen Englands begreiflicherweise starke Erregung hervorgerufen. Besonders seine Ausführungen über die Beschränkung der Chineseneinfuhr nach Transvaal und über den Konflikt Curzon-Kitchener haben große Verstimmung erregt. Der Führer der Opposition gegen das neue Kabinett ist Balfour, der in einer jüngst gehaltenen Rede geschickt Zitate von Mitgliedern des rechten Flügels des liberalen Kabinetts gegen Mitglieder des linken Flügels zur Verwertung brachte. Die Chancen C.-B's. sind dadurch günstiger geworden, daß die Iren beschlossen haben, seine Kabinettsbildung auch in der Wahlkampagne zu unterstützen. Am 6. Januar wird das seitherige Parlament aufgelöst werden. Eine kräftige Initiative scheint Sir Grey, der neue Minister des Auswärtigen, in der orientalischen Frage entfalten zu wollen, wo die Lösung der macedonischen Reformfrage bevorsteht. Die Neubildung des italienischen Kabinetts, die Ernennung des Marquis di San Giuliano zum italienischen Minister des Auswärtigen an Stelle Tittonis, scheint zu beweisen, daß Italien sich gleichfalls auf eine energischere Behandlung der Fragen der Mittelmeerpolitik, sei es die Balkanpolitik oder die Tripolisfrage, einrichtet. Das nächste Interesse wendet sich naturgemäß der marokkanischen Frage zu, die auf der jetzt endgültig in Algeciras Mitte Januar zusammentretenden Konferenz definitiv geregelt werden soll. Internationale Kontrolle oder Kontrolle durch Frankreich, so lauten die beiden Parolen. Die Kontrolle ist beschränkt mehrfacher Art, eine wirtschaftlich-finanzieller und eine polizeilicher Art, ferner betrifft sie die Reorganisation des Heerwesens. Frankreichs frühere Verträge mit Marokko in dieser Hinsicht sollen, soweit sie dem Madrider Vertrage von 1880 und der Unabhängigkeit und Integrität des scherifischen Reiches nicht entgegenstehen, anerkannt werden, zumal da, wo Frankreich die berechtigten Interessen einer Grenzmacht geltend machen kann. Soviel wie möglich ist aber der französischen Polizei-, Militär- und sog. Finanzreorganisation Marokkos zu begegnen, an deren Stelle internationale Institutionen nach dem Beispiel der Behandlung der macedonischen Frage zu treffen sind. Der deutsche Kaiser hat, wie der „Temps" hervorhebt, seine friedlichen Absichten in der Marokkopolitik deutlich zu erkennen gegeben. Es wäre daher wohl anzunehmen, daß Frankreich nun nicht mit weiteren Schwierigkeiten und der alten Starrköpfigkeit hervortritt. Soviel bei Deutschland liegt, ist das Bestreben offensichtlich, die Frage aufs freundschaftlichste zu regeln. Frankreich wird daher gleichfalls verröhnlichen Sinn zeigen müssen.

Die Jorisaffäre in Konstantinopel, die Belgien zu einem Protest an die Pforte veranlaßt hat, ist noch in der Schwebe. Das Weißbuch des Vatikans zeigte die große Verlegenheit des päpstlichen Stuhles anläßlich der Beendigung der französischen Kirchengesetzgebung. In Spanien herrschte der alte Zustand der Zerrissenheit weiter. In Barcelona wurde ein neues Attentat, diesmal auf einen Erzbischof, ausgeübt. In San Domingo ist die ortsübliche Revolution wieder ausgebrochen und in Venezuela regt sich nach Beilegung des franko-venezolanischen Konflikts der alte Präsident Castro, um mit Columbia anzubinden, mit dem er bereits die diplomatischen Beziehungen abgebrochen hat. Neue Beispiele der nationalen Erhebung in Asien sind nach der Unterdrückung der Fremdenhetze in Shanghai die Boykottbewegung gegen die Einfuhr indischen Opiums in China und die Boykottierung außerindischen Zuckers in Kashmir.

Die sensationellsten Ereignisse der Woche spielten sich wieder in Rußland ab. In Moskau wurde eine fünftägige Straßen- und Barrikadenschlacht geschlagen, die nach der Erschießung Tausender und der Verwundung Zehntausender am Freitag mit einem „Waffenstillstand" abschloß. Aus zahlreichen anderen Gebieten wurden bewaffnete Volkserhebungen gemeldet. Im Kaukasus herrscht wilde Anarchie, so daß die Türkei zur Unterstützung der Muselmanen einen Hilfsdampfer entsandte. Im Uralgebiet ist die Republik proklamiert. Der lettische Aufstand in Livland und Ehstland gab den Anlaß zu einer allgemeinen Flucht der Besitzenden Bevölkerungsschichten dieser Gebiete nach dem Ausland. Zur Hilfeleistung hat die deutsche Regierung eine Reihe von Dampfern entsandt, die einen regelmäßigen Fahrtdienst von den russischen Ostseehäfen nach deutschen Häfen einrichten. Deutsche Unterstützungskomitees wurden in zahlreichen Orten gebildet, eine Zentralhilfsstätte in Berlin ins Leben gerufen. Deutsche Kriegsschiffe wurden nicht entsandt, ebenso wie auch die Entsendung von englischen Kriegsschiffen unterblieb. Der bewaffnete Aufstand in Moskau scheint mißlungen. Livland wird von den Russen wohl ganz systematisch wieder zurückerobert werden müssen. In Russisch-Polen ist der Kriegszustand abermals eingeführt, und Witte hat nun kurzfristige Schatzwechsel bis zum Gesamtbetrage von 400 Mill. Rubel ausgegeben, um die Finanzen in Ordnung zu halten. Dabei hat das neue Reichsduma-Wahlordnung-Manifest die Lage wieder verschlimmert, und in wenigen Wochen, am 22. Januar, steht der Jahrestag jener Ereignisse bevor, die als der Beginn des russischen Bürgerkrieges zu bezeichnen sind.

F. W.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Der Großherzog von Baden ist seit einigen Tagen an Bronchialkatarrh erkrankt und hütet das Bett.

— Der sächsische Kultusminister Dr. von Seydewitz, dessen Sprache wiedergekehrt ist, vermochte gestern das Bett zu verlassen. Sein Gedächtnis ist noch sehr getrübt. Es bedarf zu seiner Wiederherstellung noch vieler Wochen. König Friedrich August läßt sich täglich Bericht über sein Befinden erstatten.

— Ueber das Vermögen des bisherigen braunschweigischen Gesandten am preußischen Hofe Freiherrn von Kramm-Burgdorf ist jetzt vom Amtsgericht Charlottenburg der Konkurs verhängt worden. Einem Mittagsblatt zufolge rühren die Schwierigkeiten des Freiherrn von Kramm im wesentlichen von den Verbindlichkeiten her, die er für andere übernommen hatte.

Leopold Clausnitzer †

Clausnitzer, dessen Tod wir bereits berichteten, war seit 30 Jahren Redakteur der „Preußischen Lehrerzeitung". Leopold Clausnitzer amtierte an der zweiten Berliner Gemeindeschule in der Schmidstraße seit seinem Eintritt in den städtischen Schuldienst. Tausende von Berliner Kindern haben seinen geistvollen Unterricht dort genossen, und in der Lehrerschaft war er von Anfang an einer der berufensten Führer. Er gehört zu den Begründern des Deutschen Lehrervereins, an dessen Spitze er von 1890 bis 1904 stand. Ihm ist es zu verdanken, daß dieser Verein heute nahezu 110,000 deutsche Volksschullehrer in sich vereinigt und den Norden wie den Süden des Reiches in gleicher Weise umspannt. Durch seine „Geschichte des preußischen Unterrichtsgesetzes" (Berlin, Goldschmidt) hat er der Lehrerschaft das Material in die Hand gegeben, zu den schulgesetzlichen Vorlagen der letzten Jahrzehnte in bestimmter Weise Stellung zu nehmen. Eine Festschrift des Berliner Lehrervereins nennt ihn darum mit Recht den Tribun der deutschen und speziell der preußischen Lehrerschaft. Häufig ist es bedauert worden, daß sich Clausnitzer zur Annahme eines Mandates zum Abgeordnetenhause, das ihm wiederholt angeboten wurde, nicht entschließen konnte. Er war ein Mann der Feder, wie es wenige gibt, der das Hinaustreten in die breite Oeffentlichkeit soviel wie möglich vermied. Ob die Lücke in der Lehrerschaft, die sein Tod gerissen hat, überhaupt ausgefüllt werden kann, steht dahin.

Englisch-deutsche Versöhnungsaktion.

Das Komitee in München, das die Vorbereitung zur Veranstaltung einer deutsch-englischen Friedenskundgebung zu treffen hat, besteht aus dem Ersten Bürgermeister Geheimrat Dr. von Borscht, Universitätsprofessor Geheimrat Dr. v. Brentano, dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften Geheimrat Dr. v. Heigel, dem Mitglied der Handelskammer Kommerzienrat v. Pfister und Professor Dr. Quidde. Das Komitee hat beschlossen, am Dreikönigstag eine öffentliche Versammlung im alten Rathaus zu veranstalten. Bei der Auswahl der Redner sollen alle politischen Richtungen in Betracht kommen. Der Versammlung wird eine kurze Resolution vorgelegt werden. Unabhängig davon werden Unterschriften von Notabeln und Vertretern der verschiedenen Korporationen für eine Erklärung gesammelt, deren Abfassung in Vorbereitung ist. Vor der Versammlung findet eine Sitzung eines großen Komitees statt, dem die Einzelheiten noch vorgelegt werden sollen und das ebenfalls noch Anregungen geben soll.

Die Wahlrechtsbewegung in Sachsen.

Für die Silvesternacht werden in Leipzig neue Wahlrechtskrawalle erwartet. Zu ihrer Unterdrückung sind weitgehende polizeiliche Vorkehrungen getroffen. Wie verlautet, wird das Militär in Bereitschaft gehalten.

Der Aufstand in Deutsch-Südwestafrika.

Amtlich wird gemeldet: Bis zum 24. Dezember haben sich insgesamt 1100 Hottentotten, darunter 390 Männer mit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19051230017/fragment/page=0001

132 Gewehren gestellt. Durch zahlreiche Patrouillenmeldungen scheint festgestellt zu sein, daß Morenga mit seiner Hauptmacht wahrscheinlich noch in den Orangebergen zwischen Hartebeestmund und Palladrift sitzt. Oberleutnant von Pusch von der Feldvermessungstruppe verfolgte mit einer Patrouille Viehräuber östlich von Windhuk. Es gelang ihm am 21. Dezember, den Hereros das gestohlene Vieh wieder abzunehmen. Der Feind verlor 18 Tote, darunter einen Werftkapitän. Es wurden 7 Gewehre erbeutet. Auf deutscher Seite wurde ein Unteroffizier schwer verletzt.

*

Das Zentral-Hilfskomitee für Deutsch-Südwestafrika teilt mit: Von der Deutschen Kolonial-Gesellschaft, Abteilung Hamburg, und dem Deutschen Frauenverein für Krankenpflege in den Kolonien, Abteilung Hamburg, sind dem Zentral-Hilfskomitee für Deutsch-Südwestafrika 160,000 Mark überwiesen worden.

III. Preußischer Lehrertag.

Hg. **Berlin**, 29. Dez.

Der erste Vorsitzende des „Landesvereins preußischer Volksschullehrer“, Rektor Reißmann-Magdeburg, eröffnet um 9 Uhr vormittags den von 7800 Teilnehmern besuchten Lehrertag. Er begrüßt mit Worten des Dankes die erschienenen Abgeordneten Kopich, Ernst, Wolgast, Schrader, Brömel, Peltzahn, Gußling, Merten u. a. „Was wir treiben“, so sprach er dann, „geschieht nicht unseretwegen, nicht wegen der Schule an sich, sondern für das Vaterland.“ Die Begrüßungsrede schloß mit einem Kaiserhoch.

Nachdem dann Rektor Reißmann noch dem verstorbenen Vorsitzenden des Lehrervereins, Lehrer Clausnitzer, einen herzlichen Nachruf gewidmet hatte, begrüßte Lehrer Röhl-Berlin, der jetzige erste Vorsitzende des Lehrervereins, den Lehrertag. Gestern vor 34 Jahren, so führte er aus, ist hier in Berlin der Deutsche Lehrerverein gegründet worden, und gestern ist unser Clausnitzer von uns gegangen, der ein halbes Menschenalter an der Spitze dieses großen Bundes stand. Preußen ist die Vormacht in Deutschland. Die Rückschritte, die Preußen schulpolitisch macht, wirken auch auf die anderen deutschen Staaten. Mögen unsere Verhandlungen getragen sein von den Idealen, die unser verewigter Führer uns so oft zugerufen hat: „Nach innen einig, dann nach außen mächtig.“ (Lebhafter Beifall.)

Lehrer **Herter**, der Vorsitzende des Berliner Lehrervereins, begrüßt die Versammlung mit einem herzlichen Willkomm.

Rektor **Backes**, der Vorsitzende des Hessischen Lehrervereins, begrüßt den Lehrertag im Namen der Hessen.

Ueber das Schulunterhaltungsgesetz

referiert Lehrer **Schwärzel**-Magdeburg. Die Richtlinien des Entwurfes liegen vorgezeichnet im vorläufigen Kompromißantrage. Wir wollen leidenschaftslos kritisieren. Welche Fortschritte bringt der Entwurf? Manches verdient unsern Beifall. Der Entwurf führt aus dem Labyrinth der Schulunterhaltung heraus. Mit Dank begrüßen wir die Herausziehung der Gutsbezirke, der nicht physischen Personen, die Aufhebung der Sozietäten, den Eintritt des Lehrers in Schuldeputation und Schulvorstand, die Aufhebung der Patronatsrechte und die bedingte Trennung des Schul- und Kirchenvermögens. Was bekämpfen wir? Zunächst Abschnitt 4 mit seinen Konfessionsbestimmungen. Der überwiegende Teil der Lehrerschaft fordert Streichung dieses Abschnittes, nicht nur aus pädagogischen Gründen, sondern auch, weil er in keinem ursächlichen Zusammenhange mit der Schulunterhaltung steht. Wir fordern prinzipiell Ablehnung dieses Abschnittes, sind aber zu Zugeständnissen bereit, wenn dadurch das ganze Gesetz scheitern sollte. Wir fordern größere Verbände für die Schulunterhaltung. Unserer Wünsche sind viele, aber der erste Wunsch ist der, daß das Gesetz verabschiedet werde. (Beifall.)

Kahlo-Magdeburg begründet die Stellung des geschäftsführenden Ausschusses zur Schulunterhaltung. Der Ausschuß fordert grundsätzlich größere, leistungsfähigere Verbände. Manche fordern Bezirksverbände, andere Kreisverbände. Schulverbände von der Größe eines Regierungsbezirks halten wir aus vermögensrechtlichen und schultechnischen Gründen für unmöglich. Ein solcher Schritt führt uns in die Staatsschule hinein und in ein Mehr von Bureaukratismus. Uns scheint die Grundlage des Kreises als die geeignetste Lösung. Auch diese Regelung hält der Herr Kultusminister für sehr schwierig. Der Abgeordnete v. Zedlitz hält den Weg für möglich, wenn auch schwierig.

Schunke-Halle: Die Schulunterhaltung muß in Verbindung mit der Steuerkraft gebracht werden. Berlin ist 12 mal so steuerkräftig als Gumbinnen.

Lande-Dinslaken (Rheinland) betont die Notwendigkeit einer gleichen Besoldung wenigstens für größere Bezirke.

Driesner-Posen begründet die Resolution des Posener Provinzialverbandes, die auch für die von dem Entwurfe nicht betroffenen Provinzen Posen und Westpreußen eine Regelung der Schulunterhaltung fordert. Es gibt dort noch viel Sozietätsschulen. Der Bezirk Posen hat 70, der Bezirk Bromberg hat noch 38 Städte mit Sozietätsschulen. Alle anderen Fragen sollen in dem geforderten Gesetze nicht berührt werden. Wir wünschen, daß unsere Simultanschule erhalten bleibe. Wir wünschen die alte Praxis der hauptamtlichen Aufsicht und der Lehrerwahl. (Beifall.)

Tews-Berlin bekämpft die gesonderten Kreisverbände und tritt für Bezirkskassen ein, die sich direkt an die bisherige Gesetzgebung in den materiellen Lehrerfragen anschließen. Was uns jetzt vorliegt, ist ein Buch mit der Posse-Küglerschen Gesetzgebung. (Lebhafter Beifall.) Der Redner bringt folgenden Antrag ein:

„Die Bestimmungen des Entwurfes, welche die Schulunterhaltung regeln, beseitigen nicht die bestehenden Unzuträglichkeiten auf dem Gebiete der Schulunterhaltung, denn 1. die Schulunterhaltungspflichtigen werden gegen übermäßige Schullasten nicht geschützt. Das Gesetz enthält keine Bestimmung über die zulässige Höhe der Belastung. Für die Verteilung der widerruflichen Staatszuschüsse seitens der Regierung wird kein Maßstab festgesetzt. 2. Die Vorlage bietet keine Handhabe, die steuerkräftigsten Personen in kleinen Gemeinden ihrer Steuerkraft entsprechend zu den Schullasten heranzuziehen. Sie erschließt also nicht diejenigen Quellen, die sich für die Vermehrung der Volksschulaufwendungen darbieten. 3) Die Vorlage ist keine Fortführung der durch das Pensions-, Hinterbliebenenkassen-, Besoldungs- und Witwenversorgungsgesetz eröffneten, für die praktische Volksschule durchaus heilsamen Gesetzgebung. Wenn die Vorlage die Mißstände auf dem Gebiete der Volksschulunterhaltung beseitigen soll, so ist dies nur durch Bildung größerer Verbände zur Aufbringung der Grundgehälter möglich. Die Versammlung empfiehlt die Errichtung von Bezirkskassen zur Aufbringung der Grundgehälter analog der bestehenden Alterszulagekassen.“

Jesse-Danzig tritt auch für größere Verbände ein.

Pieper-Ostenweddingen meint, die Lehrerschaft komme post festum. Für uns ist die Staatsschule kein Schreckgespenst. Was erreicht worden ist, verdanken wir der Initiative des Staates. (Große Heiterkeit.) Doch meinen wir, daß die Staatsschule zurzeit nicht möglich ist. Auch die Konservativen sind dagegen.

Manns-Lübben hält es für gerechtfertigt, wenn die großen Städte an den größeren Verbänden nicht teilnehmen.

Ries-Frankfurt a. M. warnt vor künstlichen Organisationen. Der Regierungsbezirk ist ein rein formales Prinzip. Die Verbände können günstig, aber auch ungünstig wirken. Der Redner tritt für Kreisverbände ein.

Tews-Berlin zeigt an den Alterszulagekassen, wie notwendig größere Verbände sind. Das von Ries angeführte Beispiel der höheren Schulen trifft nicht zu. Nur größere leistungsfähige Gemeinden haben kommunale höhere Schulen. Man kann auch dem Entwurf in seinen ersten 17 Paragraphen kein günstiges Zeugnis ausstellen. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag Tews wird einstimmig angenommen. (Großer Beifall.)

Zum Punkte Träger der Schullasten wird nach Annahme des Antrages Tews noch aus dem Antrage des Vorstandes Absatz 3 angenommen.

Nach einer kurzen Pause wurde die Frage der

Konfessionalität der Volksschule

besprochen, worüber Lehrer **Boer** (Magdeburg) referierte. Das Schulkompromiß habe zu sehr lebhaften Erörterungen geführt. Die preußische und die deutsche Lehrerschaft haben zu wiederholten Malen in unzweideutiger Weise Stellung genommen zu der Frage: Konfessionsschule oder Simultanschule? Und ausnahmslos hat sich die Lehrerschaft mit überwältigender Mehrheit für die Simultanschule ausgesprochen. So der Lehrertag in Wiesbaden. Auch der Münchener Lehrertag im kommenden Sommer dürfte sich wiederum zu einer bedeutungsvollen Kundgebung für die Simultanschule gestalten. Mit diesen Wünschen steht der Gesetzentwurf in direktem Widerspruch, indem er in Absatz 4 der konfessionellen Schule die gesetzliche Sanktion gibt und der Simultanschule nur eine Ausnahmestellung einräumt. Unserem Standpunkt würde es entsprechen, wenn die Simultanschule die Regel werden würde. Diese Forderung erheben wir aber schon gar nicht, weil sie keine Aussicht auf Annahme hat. Was wir aber laut und nachdrücklich fordern müssen ist: daß die Simultanschule neben der Konfessionsschule gesetzlich anerkannt und mit ihr gleichberechtigt ist. (Beifall.) Leider dürfte aber nach der Haltung der Mehrheitsparteien das auch von uns als dringend erachtete Schulunterhaltungsgesetz ohne konfessionelle Konzessionen nicht zu erreichen sein. Deshalb wollen wir wenigstens bei Formulierung unserer Wünsche trachten, die Wirkung des Gesetzes im ganzen erträglich zu gestalten und von unserem Prinzip das dringendste zu retten. (Lebhafter Beifall.) Der Redner erläutert dann die einzelnen Vorschläge des geschäftsführenden Ausschusses. Die Lehrerschaft müsse verlangen, daß, wenn schon prinzipiell die Konfessionsschule festgelegt werde, doch diesem Prinzip nicht alle Rechte der Pädagogik und des Staates geopfert werden. Darum sei die Beseitigung der rein konfessionellen Vorschriften z. B. in § 18 zu verlangen. Die Bedingungen für den Uebergang einer Schule zu einer anderen Konfession seien viel zu schwierig und unständlich. Bei der Neueinrichtung von Schulen in einem Schulverbande mit konfessionellen und simultanen Schulen soll nicht das zufällig historisch überkommene System maßgebend sein, sondern das Bedürfnis und der freie Wunsch der Eltern. Jedenfalls dürften neue Konfessionsschulen nur gegründet werden, wenn darunter weder der Staat finanziell noch die Schule pädagogisch leidet. Wir haben noch eine Reihe weiterer Forderungen, die insgesamt dem einen zu weitgehend, dem anderen zu bescheiden erscheinen werden. Wir haben uns von dem Streben leiten lassen, schweres Unheil von unserer Volksschule abzuwehren. Wissen Sie und wählen Sie das beste.

Lehrer **Otto-Charlottenburg**: Wir müssen grundsätzlich gegen die Verquickung von Schulunterhaltung und Konfessionalität Verwahrung einlegen. (Beifall.) Freilich müssen wir uns klar sein, daß wir dann unter eine Kategorie ganz sonderbarer Menschen fallen. (Heiterkeit.) Denn Herr v. Zedlitz hat im Abgeordnetenhause gesagt, wer heute noch glaube, daß ein Volksschulunterhaltungsgesetz ohne die Regelung der konfessionellen Frage geschaffen werden könne, sei ein Narr. (Unruhe) Ich kann mich zu der freiherrlichen Höhe des Ausdruckes nicht aufschwingen. (Heiterkeit.) Ich bedaure nur, daß Frhr. v. Zedlitz gehindert ist, an diesem Lehrertag teilzunehmen — wie er schreibt, durch eine starke Erkältung (Stürm. Heiterk.), — daß seine Verschwägerung gerade mit dem Lehrertag zusammenfallen mußte. (Gr. Heiterk. u. Beifall.) Wir erkennen noch wie vor den sachlichen Zusammenhang zwischen Schulunterhaltung und Konfessionalität nicht an und erheben gegen ihre Verquickung entschiedenen Protest. (Stürm. Beifall.)

Nach längerer Debatte, auf die wir noch zurückkommen, wird der Antrag Otto gegen etwa 3 Stimmen angenommen. Derselbe lautet:

„Eine Verquickung der Konfessionsschule mit dem Schulunterhaltungsgesetz ist sachlich nicht gerechtfertigt und daher grundsätzlich zu verwerfen.“

Außerdem wurden dazu eine Reihe weiterer Vorschläge, die Tews-Berlin formuliert hatte, an Stelle der Vorstandsvorlage angenommen.

Es heißt darin u. a.:

„Gegen die konfessionellen Bestimmungen des Entwurfs erhebt die Versammlung ernste Bedenken. Sie genügen nicht dem Artikel 24, 1 der Verfassung, der bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen den konfessionellen Verhältnissen möglichste Berücksichtigung zugesichert, ordnen vielmehr unter angeblicher Berücksichtigung der konfessionellen Interessen das Volksschulwesen den historisch-kirchenregimentischen Rücksichten unter. Durch diese Bestimmungen wird die Weiterentwickelung der Volksschule zu einer einheitlichen nationalen Bildungsanstalt unterbunden und die Einrichtung vollentwickelter Schulsysteme verhindert, insbesondere die unterrichtliche Versorgung der Kinder der Minderheit erheblich geschädigt.

Den Schulgemeinden ist freizustellen, ob sie konfessionelle oder gemeinsame Schulen errichten bezw. die bestehenden Schulen konfessionell oder gemeinsam einrichten wollen. Ebenso ist den Gemeinden das Recht zu gewähren, konfessionelle und gemeinsame Schulen neben einander einzurichten. In diesem Falle steht es den Eltern frei, ob sie ihre Kinder einer konfessionellen oder einer gemeinsamen Schule zuführen wollen.

Die aus der konfessionellen Trennung der Schulen entstehenden Mehrkosten haben die betreffenden Gemeinden ohne Beihilfe des Staates selbst zu tragen; dagegen kann für den Religionsunterricht der Minderheiten an mehrklassigen Schulen durch Anstellung von Lehrern der Minderheiten über die Forderungen des Entwurfes hinaus Sorge getragen werden.

Die Zusammensetzung der Lehrkörper an den Schulen mit Kindern verschiedener Konfessionen soll möglichst der konfessionellen Zusammensetzung der Schüler entsprechen.“

Die Besprechung wendet sich sodann dem Punkt zu:

Schuldeputation und Schulvorstand.

Der Referent Lehrer **Tilger-Magdeburg** empfiehlt die Leitsätze des geschäftsführenden Ausschusses, in denen insbesondere gefordert wird: 1. Vorschlagsrecht der Lehrer für die Wahl eines Kollegen in die Schuldeputation. 2. Wahlrecht der Stadtgemeinden, wen unter mehreren Geistlichen sie in die Schuldeputation berufen wollen. 3. Vorsitzender des Schulvorstandes soll nicht der Ortsschulinspektor sein, sondern ein gewähltes Mitglied der Schuldeputation.

Auf Antrag aus der Mitte der Versammlung wird noch die Forderung hinzugefügt, daß in keiner Schuldeputation die Geistlichkeit mehr Vertreter haben dürfen, als die Lehrerschaft. Im übrigen werden die Vorschläge des Ausschusses angenommen; ein Antrag, auch in der Schuldeputation eine Vertretung der Eltern der Schulkinder zu schaffen, wird gegen eine starke Minderheit abgelehnt.

Es folgt Punkt 2

Lehrerberufung.

Abg. Rektor **Kopich** (mit lebhaftem Beifall begrüßt) empfiehlt folgenden Antrag:

Die Anstellung der Volksschullehrer ist so zu ordnen, daß Gemeinden mit mehr als 25 Schulstellen das Recht der Lehrerberufung, Gemeinden mit weniger als 25 Schulstellen das Vorschlagsrecht eingeräumt wird. Der Berufene bedarf der Bestätigung der Schulaufsichtsbehörden; bei Nichtbestätigung müssen die Gründe angegeben werden. (Beifall.) Zu der Anstellung der Rektoren sollen die Gemeinden dasselbe Recht haben wie in der Anstellung der Lehrer. (Erneute Zustimmung).

Der Antrag Kopich mit dem Zusatzantrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ferner als Zusatz zu diesem Punkte folgende Resolution:

„Der Preußische Lehrertag erblickt in den Bestimmungen des § 40 eine schwere Beeinträchtigung der Selbstverwaltung und der gesunden Entwicklung der Volksschule und befürchtet, daß die geplante Entrechtung die Wirkung haben wird, die Opferfreudigkeit der Gemeinden für das Schulwesen zu lähmen.“

Eine weitere Resolution spricht sich für die gleichzeitige Regelung der Schulunterhaltungspflichten für die Provinzen Westpreußen und Posen ohne Rücksichten auf konfessionelle Fragen aus.

Der zweite Hauptpunkt der Tagesordnung betrifft die

Lehrerbesoldungsangelegenheit.

Vom Vorstand wird folgende Resolution vorgeschlagen:

„Der Dritte Preußische Lehrertag erklärt, daß das Endziel, dem der Preußische Lehrerverein auf dem Gebiet des Besoldungswesens zustrebt, eine einheitliche Besoldung aller Volksschullehrer ist wie die von Staatsbeamten einer besseren Kategorie, und zwar mit Einkommensteuerfreiheit, die der Bildung der Volksschullehrer und der Bedeutung ihrer Wirksamkeit entsprechen.

Als nächstes Ziel ist die Revision des Lehrerbesoldungsgesetzes vom 3 März 1897 auf Grund der Beschlüsse des Zweiten Preußischen Lehrertages zu erstreben.“

Die Resolution wurde vom Lehrer **Vorpahl-Magdeburg** begründet.

Nach längerer Debatte spricht sich im Sinne des Vorstandsantrages die Versammlung für die einheitliche Besoldung aller Lehrer im Prinzip aus, lehnt es aber ab, diesen Beschluß als Forderung schon jetzt gegenüber Regierung und Parlament zu vertreten. Für die Gegenwart stellt sie vielmehr als Mindestgehalt 1550 M. (Rheinland-Hessen hatte 1500 M. gefordert) und als geringste zulässige Alterszulage 200 M. auf. Auf die Pension soll die Mietsentschädigung mit mindestens 400 M. angerechnet werden.

Schließlich findet eine Resolution Tews einstimmige Annahme, die gegen die kärgliche Besoldung der Volksschullehrer Protest erhebt, weil sie die geistige, sittliche und wirtschaftliche Entwicklung des Lehrerstandes und des gesamten preußischen Volkes hemmt.

Damit ist nach mehr als 11 stündiger Verhandlung die Tagesordnung erschöpft. Rektor **Bartes**-Köln spricht dem geschäftsführenden Ausschusse und dem Vorsitzenden den wärmsten Dank der Versammlung für die treffliche Vorbereitung und Leitung der Verhandlungen aus. (Lebhafter Beifall.)

Nach einem dreimaligen Hoch auf den Vorsitzenden Rektor Reißmann und dessen kurzen Dankesworten schließt die Versammlung kurz nach 8 Uhr abends.

Ausland.

Die Marokkofrage.

Die Ernennung des Herzogs von Almodovar zum spanischen Delegierten bei der Marokko-Konferenz bestätigt sich.

Die „Times“ melden aus Tanger: Vorausgesetzt, daß die Einführung und Durchführung der Reformen, welche bei der bevorstehenden Konferenz vorgeschlagen werden, nicht einer Großmacht allein übertragen wird, und daß die Integrität Marokkos und die Souveränität des Sultans gewahrt bleibt, sind die scherifischen Delegierten bereit, dem Sultan die Annahme solcher Reformen, welche die Delegierten einstimmig für notwendig halten, zu empfehlen und überzeugt, daß der Sultan alle derartigen Maßregeln gutheißen werde.

Die Friedensäußerungen des Deutschen Kaisers, über welche der „Temps“ berichtet hat, haben in Paris einen ausgezeichneten Eindruck hervorgerufen. Sie sollen dem „B. T.“ zufolge auf einer Hofjagd gegenüber dem französischen Militärattaché in Berlin, Major de Laguiche getan worden sein. De Laguiche teilte sie seinem Botschafter Bihourd mit, welcher sie dem Ministerium des Aeußeren berichtete.

Deutschland und **Frankreich** haben der Vertagung der Marokko-Konferenz bis 16. Januar bereits zugestimmt.

Trennung von Kirche und Staat in Frankreich.

Der Ministerrat beschloß, daß die Mitglieder des Klerus auf Grund des Gesetzes, betreffend die Trennung von Kirche und Staat, an den offiziellen Empfängen am 1. Januar nicht mehr teilnehmen sollen.

Die Wirren in Rußland.

Mobilisierung von 150,000 Kosaken.

Dem Graudenzer „Geselligen“ zufolge hat die russische Regierung zur Unterdrückung der Aufstände die Mobilisierung von 150,000 Mann Kosaken im Alter von 20 bis 42 Jahren beschlossen.

Kein bewaffneter Aufstand in Petersburg.

Der Petersburger Stadthauptmann Dedjulin versicherte einem Mitarbeiter eines hiesigen Blattes, daß sich in Petersburg Ereignisse wie in Moskau unter keinen Umständen zutragen könnten. Truppen seien im Ueberfluß vorhanden; ihre Stimmung sei gut. Barrikaden zu errichten, sei hier bei den breiten und graden Straßen schwierig, wenn nicht unmöglich. In Petersburg seien kurz hintereinander drei Laboratorien mit Sprengmaterialen entdeckt worden. Den Verhafteten seien viele Waffen abgenommen worden. Das Gerücht, daß die Aufständischen Maschinengewehre dänischer Herkunft im Besitz hätten, erklärte Dedjulin für unbegründet. Auf der Alexandrowschen Fabrik sei der Versuch eines bewaffneten Aufstandes zwar gemacht worden, habe aber für die Urheber ein trauriges Ende genommen.

Der Aufruhr in den Ostseeprovinzen.

An Bord des von Reval in Königsberg eingetroffenen Dampfers „Prinz Heinrich“ befanden sich 23 reichsdeutsche Flüchtlinge, Männer und Frauen. Alle sind gesund und besitzen Barmittel. Sie fanden in Königsberg auf eigene Kosten Unterkunft. Nach ihrer und des begleitenden Oberstabsarztes Auskunft ist die Rückkehr des Dampfers nach Reval nicht erforderlich; dort herrscht Ruhe. Der Militärkommandant hält mühelos die Ordnung aufrecht. Die Zeitungsnachrichten über die Unruhen in Reval sind stark übertrieben. Vor zwei Wochen fand ein Putsch statt; seitdem ist es ruhig.

Zu Russisch-Polen.

In einer Konditorei in Lodz wurden mehrere Personen verhaftet und einer Untersuchung unterzogen. Darauf sammelte sich eine Menschenmenge an, und veranstaltete einen Umzug durch die Straßen. Kanonen und Maschinengewehre wurden aufgefahren. Zu Zusammenstößen kam es jedoch nicht.

*

Ein vom revolutionären Komitee in Genf gemietetes, mit 10,000 Gewehren beladenes Schiff wurde von Zollschiffen von Odessa beschlagnahmt. Ein zweites Schiff, das mit 4000 Gewehren beladen war, entkam.

Finanzreform in Macedonien.

Das Mitglied des Rats des türkischen Finanzministeriums in Konstantinopel, Zia Beh, ist zum Delegierten bei der macedonischen Finanzkontrolle ernannt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19051230017/fragment/page=0002

Halle und Umgegend.

Halle, 30. Dezember.

Außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung zu Halle.

Freitag, den 29. Dezember, nachmittags 4 Uhr.

Einige Petitionen wurden in der öffentlichen Sitzung wieder vorgelegt. Einmal diejenige eines Herrn Müller, der sich beklagt, daß er von der Polizei veranlaßt worden sei, den Bahnhofsvorplatz mit zu reinigen. Die Petition wurde der Petitionskommission überwiesen. Als erledigt wurde die Petition wegen der Schülerwerkstätten betrachtet, da ihr Leiter, Herr Direktor Schotten, erklärt hat, es sei angängig, daß es bei dem alten Zustande belassen bleibe solange, bis die Arbeitsräume der Schülerwerkstätten im neuen Oberrealschulgebäude untergebracht werden könnten. Zu der wieder vorgelegten Eingabe der Firma Otto Hendel wegen Beitragsleistung zu den Kosten, welche die Beleuchtung der Saale-Zeitungs-Passage verursacht, erklärte Herr Bürgermeister von Holly, daß das in der Eingabe gestellte Ersuchen zur Zeit vom Magistrate abgelehnt werde. Die Petitionen der Lehrer und Lehrerinnen wurden noch einmal zurückgelegt, und zwar auf 4 Wochen. Das Ersuchen der städt. Arbeiter um eine Teuerungszulage, das der Magistrat ablehnte, wurde der Petitionskommission überwiesen. Eingegangen ist eine Einladung des Vereins ehemaliger Artilleristen zur Teilnahme an einem am 13. Januar stattfindenden Kommeße. Ferner sind zwei Petitionen neu eingelaufen. In der einen bittet Otto Neumeister um Festsetzung der Polizeistunde auf nachts 2 oder 3 Uhr für sein Café Neue Promenade 16; in der anderen bittet ein pensionierter Gemeindebeamter E. um die Erhöhung seiner Pension von $^{15}/_{60}$ auf $^{17}/_{60}$ seines früheren Gehaltes. Die Petition Neumeister wird die Petitionskommission beschäftigen, während das letztere Gesuch dem Magistrat übergeben wurde.

1. Die Versammlung genehmigte, daß Herr Stadtbaurat Rehorst für die Stadtgemeinde Naumburg a. S. das Amt eines Schiedsrichters übernimmt. Ref. Herr Stadtv. Wolff.

2. Der Besitzer des Grundstücks Röpzigerweg Nr. 22, Hermann Schwarzkopf, hat um Herstellung des Röpzigerweges und bessere Beleuchtung desselben in der Nähe seines Grundstücks gebeten. Das Gesuch wurde zu einem Teile dem Magistrate als Material überwiesen. Ref. Herr Stadtv. Grote.

Außerdem wurde die Stadtverordneten-Stichwahl der dritten Abteilung im Anfang dieses Monates für gültig erklärt, da Protest dagegen von keiner Seite erhoben worden ist. Ref. Herr Stadtv. Keil.

In der darauffolgenden geschlossenen Sitzung wurde die Wahl eines besoldeten Stadtrates vorgenommen. Bekanntlich läuft die Wahlperiode des Herrn Stadtrat und Stadtsyndikus Winter ab. Durch die mit der Vorbereitung der Stadtratswahl beauftragte Kommission waren von 35 Bewerbern vier auf die engere Wahl gestellt, nämlich Magistratsassessor Fritz Bertholdt aus Berlin, zweiter Bürgermeister Bischoff aus Weißenfels, Stadtrat Karl Hild aus Nordhausen und Magistratsassessor Paul Kurth aus Kiel. Ohne längere Diskussion wurde zur Abstimmung geschritten. Es erhielten

Magistratsassessor Kurth	**39**	**Stimmen,**
Stadtrat Winter	7	„
Bürgermeister Bischoff	5	„

Somit ist Magistratsassessor Kurth gewählt, wie dies auch schon gestern durch Extrablatt bekanntgegeben worden ist. Herr Kurth ist 29 Jahre alt und evangelischer Konfession. Er war vom Oktober 1902 bis März 1904 im Richterdienste bei mehreren Gerichten tätig und dann wurde er als Magistratsassessor nach Kiel berufen.

Kunst und Wissenschaft.

Die Ausfuhr von Büchern und Kunstwerken seewärts über Hamburg ist in ihrem allgemeinen Wachstum ein erfreuliches Zeichen von der zunehmenden Geltung deutscher Wissenschaft und Kunst auf dem Weltmarkt. Der Wert der Bücherausfuhr über Hamburg nach den Vereinigten Staaten stieg im Laufe der letzten 5 Jahre um nahezu 320,000 M.; er betrug 1904 insgesamt 1,055,570 M., hatte aber 1902 schon die Summe von über $1^1/_4$ Millionen M. erreicht. Auch nach Großbritannien ist die Bücherausfuhr über Hamburg im Wachsen begriffen, sie stieg von ca. 410,000 M. im Jahre 1900 auf ca. 670,000 M. im Jahre 1904, während des gleichen Zeitraums nach dem aufstrebenden Argentinien um nahezu 100,000 M. auf 243,000 M. im Jahre 1904. Die Bücherausfuhr nach Brasilien zeigt zwar für 1900 und 1901 einen kleinen Rückgang, der aber durch den Bezug der nächstfolgenden Jahre reichlich ausgeglichen wurde und 1903 sogar die allerdings vom darauffolgenden Jahre nicht erzielte Höhe von 259,000 M. erreichte. Jährlich steigend ist der Bücherbezug Chiles über Hamburg, er hatte 1904 den Wert von 190,000 M., 58,000 M. mehr als 1899. — Die Ausfuhr von Werken der Kunst weist natürlich in ihrem Wachstum der letzten 5 bis 6 Jahre erheblich größere Werte auf. So stieg allein die Ausfuhr von Gemälden und Zeichnungen aus dem Hamburger Hafen seewärts, die 1897 mit 3,900,000 M. bewertet war, auf nahezu 9,700,000 M. 1904, und die Jahre 1899 bis 1904 zeigen ein Mehr der Ausfuhr von durchschnittlich jährlich 1 Million M. — Für Kupferstiche, Lithographien 2c. ist unser bester Abnehmer Amerika. So stieg die Ausfuhr an solchen Kunstblättern über Hamburg nach den Vereinigten Staaten, die noch 1898 nicht mehr als 634,000 M. betrug, schon 1900 auf das Doppelte und erreichte bei jährlich zunehmendem Werte 1904 die Summe von nahezu 3 Millionen M. Die Hamburgische Ausfuhr dieser Kunstzeugnisse nach Großbritannien hob sich im Laufe von 5 Jahren um ca. 1,424,000 M. und bewertete sich 1904 auf 2,635,000 M. Im gleichen Zeitraum stieg die Ausfuhr nach Argentinien, das 1899 an Kupferstichen, Lithographien 2c. über Hamburg für ca. 80,000 M. bezog, um ca. 324,000 M. auf eine Gesamtausfuhr im Jahre 1904 im Werte von ca. 404,000 M.

r. **Kleine Mitteilungen.** Für die Schulen des deutschen Schulvereins in Rom hat der deutsche Reichskanzler eine reiche Sammlung von Schulmaterial zusammenstellen lassen und den deutschen Botschafter beauftragt, die Sammlung den Schulleitern als Weihnachtsgeschenk, mit den besten Wünschen für die fernere Entwickelung der Schulen, zu überreichen. — Der Violinvirtuose Henry Holmes, der einst Musiklehrer der Königin Alexandra von England war, ist in San Francisco, wo er während der letzten 17 Jahre lebte, gestorben. — Der italienische Sprachforscher Antonio Decara, ein bekanntes Mitglied des Jesuitenordens, ist, laut Meldung des „B. T." aus Rom, gestorben.

Provinzialnachrichten.

* **Wittenberg**, 29. Dez. [Pulverexplosion.] Gestern nachmittag entstand in der Sprengstoffabrik der westfälisch-anhaltinischen Sprengstoff-Actien-Gesellschaft eine Explosion, durch die vier Arbeiter getötet und drei schwer verletzt wurden. Nach dem „Wittenberger Tagbl." geriet beim Entleeren einer Pollertrommel deren Inhalt, aus rauchlosem Gewehrpulver und Pockholzkugeln bestehend, auf unaufgeklärte Weise zur Explosion, alles sofort in Brand setzend. Das Feuer übertrug sich auf die Nebenräume des Holzfachwerkhauses, das vollständig niederbrannte. Unglücklicherweise kam gerade auf der Schmalspurbahn vor dem Hause eine mit Pulver beladene Lore an, die auch sofort in Brand geriet und das Entkommen aus dem brennenden Hause hinderte. Infolge dieses doppelten Unglücks ist eine größere Anzahl von Arbeitern getötet und verletzt worden. Gestorben sind auf der Brandstelle: die Arbeiter Herm. Schandert-Braunsdorf, Herm. Lieder-Dobien, Karl Böhme-Jahmo, Herm. Hoyer-Pratau. Im Paul-Gerhard-Stift sind ihren Brandwunden erlegen: die Arbeiter Otto Schulze-Reinsdorf, Ernst Wilcherovpy-Piesteritz und Herm. Schuster-Braunsdorf. Verletzt sind ferner mehr oder weniger schwer: die Arbeiter Wilh. Paul-Reinsdorf, befindet sich im Paul-Gerhard-Stift, Arbeiter Wilh. Nobde-Piesteritz, Ernst Richter-Appollensdorf, Gust. Böhme-Piesteritz und Friedr. Müller-Wittenberg, diese befinden sich in ihren Wohnungen. An Gebäuden und Material ist nur geringer Schaden entstanden, noch ca. 200 Holzhäuser stehen intakt, so daß auch der Betrieb eine Unterbrechung nicht erleidet. Die Katastrophe trat mit blitzartiger Geschwindigkeit ein. Ein donnerähnlicher Krach und das Unglück war geschehen. Viele Familienväter sind tot oder verletzt. Einige der Schwerverletzten dürften ebenfalls kaum mit dem Leben davonkommen.

* **Magdeburg**, 29. Dez. [Jugendlicher Selbstmörder.] Hier erhängte sich der 16jährige Fleischerlehrling Finzelberg, weil er keine Aussicht hatte, jetzt schon zum Militär zu kommen.

* **Halberstadt**, 29. Dez. [Ueber die Bluttat] in Kroppenstedt (Kr. Oschersleben), von der wir bereits kurz berichteten, teilt das „Oschersl. Kreisbl." weiter mit, daß sie auf Familienzwistigkeiten zurückzuführen ist. Der Maurer Wiesbuhe, der es mit seinen Verwandten hielt, war gegen seine Frau erbittert, die die Partei ihrer Angehörigen nahm. Am Sonnabend abend kurz nach 7 Uhr hörten die Nachbarn Wiesbuhes in dessen Wohnung mehrere Schüsse fallen. Sie eilten herzu und verschafften sich, da die Stubentür von innen verschlossen war und aus dem Zimmer ein dumpfes Röcheln drang, gewaltsam Einlaß. Bei ihrem Eintritt bot sich ihnen ein furchtbarer Anblick dar. Mitten im Zimmer lagen Wiesbuhe und seine Frau blutüberströmt am Boden; der Mann hatte mehrere Schußwunden im Kopf und in der Brust, die er sich mit dem neben ihm liegenden Revolver beigebracht hatte, außerdem hatte er sich mit einem Messer einen tiefen Schnitt in der Herzgegend zugefügt; er hauchte beim Erscheinen der Leute sein Leben aus. Der Körper der unglücklichen Frau war durch Messerstiche fürchterlich zugerichtet; sie lebte zwar noch, starb aber nach wenigen Minuten in den Armen ihres Vaters.

— [Erledigte Stellen für Militäranwärter im Bezirke des XI. Armee-Korps.] Sofort: Bad Sachsa, Magistrat, Magistratsassistent; Probezeit sechs Monate; auf Lebenszeit; 300 M. sofort zu hinterlegende Kaution; 700 M. Gehalt jährlich; ob die Stelle pensionsberechtigt ist, wird noch festgestellt werden. — 1. April 1906: Zu Bezirke der Kaiserlichen Oberpostdirektion in Erfurt, eine größere Anzahl Briefträger, Postschaffner und Landbriefträger; Probezeit sechs Monate; zunächst auf dreimonatige Kündigung, später auf Lebenszeit: Anfangsgehalt für Briefträger und Postschaffner 900 M., für Landbriefträger 860 M. und der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß sowie an den vom Reichspostamt als teuer anerkannten Orten Teuerungszulagen von 100 bezw. 150 M., das Höchstgehalt der Briefträger und Schaffner beträgt 1500 M., der Landbriefträger 1000 M.; Bewerbungen sind an die Kaiserl. Oberpostdirektion in Erfurt zu richten. — 1. Januar 1906: Eisenach, Verband der Residenzstadt, drei Schutzmänner; Probezeit drei Monate; auf Kündigung; je 1100 M. Gehalt, 90 M. Kleidergeld und etwa 40 M. Nebengebühren jährlich, das Gehalt steigt bis 1700 M. jährlich; die Stellen sind pensionsberechtigt; der Meldung sind beizufügen: selbstverfaßter und geschriebener Lebenslauf, die Militärpapiere und ärztliches Zeugnis über körperliche Diensttauglichkeit. — 1. April 1906: Erfurt, Kaiserliche Oberpostdirektion, Postschaffner; Probezeit sechs Monate; zunächst auf dreimonatige Kündigung, später auf Lebenszeit; 1000 M. Gehalt, 100 M. Teuerungszulage und 180 M. Wohnungsgeldzuschuß jährlich, das Gehalt steigt bis 1500 M. jährlich; Bewerbungen sind an die Kaiserliche Oberpostdirektion in Erfurt zu richten. — Sofort: Gera, Amtsgericht, Diener; Probezeit sechs Monate; auf Kündigung; 1200 M. Gehalt jährlich, das Gehalt steigt von 4 zu 4 Jahren stufenmäßig um je 100 M. bis zum Höchstgehalt von 1700 M. — 1. April 1906: Rotenburg a. Fulda, Stadtverwaltung, 2. Polizeidiener; Bewerber müssen mindestens 1,70 m groß sein; Probezeit sechs Monate; auf Lebenszeit; 900 M. Gehalt jährlich; nach Bedürfnis, höchstens alle zwei Jahre, eine Dienstuniform, außerdem bei guter Führung auf Ansuchen ein Stadtwaldlos gegen Zahlung des Hauerlohns, das Gehalt steigt von 2 zu 3 Jahren um je 50 M. bis zum Höchstgehalt von 1200 M. jährlich; Bewerbungen haben unter Beifügung eines selbstverfaßten Lebenslaufes, der Zeugnisse und Militärpapiere (Militärversorgungsschein) umgehend schriftlich zu erfolgen; ob die Stelle pensionsberechtigt ist, wird noch festgestellt werden. — 1. April 1906: Friedrichroda, Stadtrat, Beamter (Sommer: Kurverwaltung, Winter: Stadtkasse); Probezeit sechs Monate; auf dreimonatige Kündigung; 1200 M. Gehalt jährlich; die Stelle ist nicht pensionsberechtigt. — 15. Januar 1906: Kassel, Kriegsminister, Büchsenmacher; Bewerber kann verheiratet sein; Probezeit sechs Monate; auf dreimonatige Kündigung; 800 M. Gehalt und freie Dienstwohnung mit Feuerung und Beleuchtung, das Gehalt steigt alle drei Jahre vom Tage der Anstellung ab um je 100 M. bis zum Höchstgehalt von 1100 M. jährlich.

* **Koswig**, 29. Dez. [Der Güterbahnhof.] Die „Elbe-Zeitung" berichtet: Endlich hat man es an maßgebender Stelle eingesehen, daß unser Bahnhof für den Güterverkehr nicht mehr ausreicht, und deshalb beschlossen, den Güterbahnhof zu verlegen und zwar soll er an der sog. Doßmannschen Bude (Feldweg-Gebäude) anfangen und sich auf Stadtseite, bis nach dem Friederikenbade zu, hinziehen. Früher hatte man das Terrain am jüdischen Friedhofe ins Auge gefaßt, dies aber wieder fallen lassen, in der Meinung, daß sich die Hauptindustrie jetzt doch im Westen unserer Stadt befindet und wohl fast alle Besitzer der hier liegenden Fabriken Anschlußgleise legen lassen werden. Vielleicht hat man auch an die nahe Elbe mit dem — zu erwartenden — Elbhafen gedacht. In 6 Jahren hofft man unter Dach und Fach zu sein.

* **Gotha**, 29. Dez. [Seminardirektor Schulrat Alwin Zeyß] ist gestern gestorben. Am 12. August 1839 wurde Zeyß als Sohn des damaligen Lehrers und späteren Rektors Zeyß in Grafenrode geboren. „Schulmeisterblut" steckte in dem Knaben und erhielt sich in dem reifenden Jünglinge, der 1859 bis 1862 Theologie studierte. Deshalb ergriff er freudig die Gelegenheit, als ihm 1860 eine Lehrerstelle am pädagogischen Seminar angeboten wurde. 1862 unterrichtete er an dem bekannten Stoyschen Institut zu Jena und wurde ein Jahr später als Lehrer am herzogl. Seminar und der damit verbundenen Uebungsschule angestellt, wo ihm unter Dr. Karl Schmidt Gelegenheit geboten war, die beim Vater und in Jena erworbene Schultechnik praktisch zu verwerten. 1868 wurde Zeyß als Pfarrer nach Mehlis berufen, 1870 wurde er daselbst zugleich Bezirksschulinspektor. Am 1. April 1874 kehrte er in die Hauptstadt zurück, um die durch den nach Halberstadt berufenen Seminardirektor Kehr erledigte Stelle des Gothaer Seminardirektors zu übernehmen.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Die Wirren in Rußland.

Moskau, 30. Dez. Das Revolutionskomitee in Moskau hat Donnerstag nacht beschlossen, den bewaffneten Aufstand wegen Munitions- und Geldmangels abzubrechen.

Kiew, 30. Dez. Die Wasserwerke haben den Betrieb eingestellt. Der Arbeiterstreik wächst. Jede Ansammlung wird sofort durch Dragoner gesprengt. Die Massenverhaftungen dauern fort. Alle hiesigen Parteien haben sich bereit erklärt, Witte zu unterstützen.

Lübeck, 30. Dez. Der Dampfer „Island" ist von Riga mit 76 Passagieren hier eingetroffen. Der Dampfer „Deutschland" ist wiederum nach Riga abgegangen.

Berlin, 30. Dez. Die „Kons. Korr." bezeichnet die Meldung, von der rechten Seite des Reichstags sei eine Interpellation über mangelhaften Schutz der Reichsdeutschen in den russischen Ostseeprovinzen eingebracht worden, nach Anfrage bei dem Fraktionsvorstande als unrichtig.

Berlin, 30. Dez. Telegramm aus Buea (Kamerun). Leutnant Karl Fürtsch, geb. am 12. 8. 1879 zu Kassel, früher im Infanterie-Regt. Nr. 96, auf Expedition bei Hingam schwer verwundet.

Kiel, 30. Dez. Prinz Heinrich von Preußen hat sich gestern nachmittag zur Abhaltung einer Jagd nach Varetz begeben. Von dort gedenkt der Prinz am Sonntag zur Silvesterfeier im Neuen Palais in Potsdam einzutreffen, um dann in seiner militärdienstlichen Stellung an der Feier des Neujahrstages teilzunehmen. Die Rückkehr nach Kiel wird voraussichtlich am 3. Januar erfolgen.

Heiligenstadt, 30. Dez. Nachts äscherte in Lindau ein Großfeuer 10 Wohnhäuser und viele Wirtschaftsgebäude ein.

Raspenau, 30. Dez. Die Ober-Wittigtaler Maschinenfabrik und Eisengießerei ist vollständig niedergebrannt.

Kopenhagen, 30. Dez. Der Präsident der Vereinigung dänischer Industrie- und Handelsvereine hat an den Minister der öffentlichen Arbeiten eine Eingabe gerichtet, betreffend Anlegung einer direkten Bahnverbindung zwischen Kopenhagen und Köge und einer Eisenbahnbrücke zwischen Masnedö und Orchöved, um damit die Verwollständigung der Route Kopenhagen-Warnemünde herbeizuführen.

London, 30. Dez. Nächsten Montag tritt in England das Gesetz gegen unerwünschte Einwanderer in Kraft. Es verlangt, daß jeder Einwanderer dritter Klasse 100 Mark, jedes abhängige Familienmitglied 40 Mark besitzen muß.

London, 30. Dez. Balfour, der gestern abend hier bei einer großen Versammlung der Unionisten eine Rede hielt, ging dabei auf die neulichen Auslassungen Bannermans über die Home Rule ein und sagte, was das Land zu wissen wünsche, sei, ob die Regierung vorsichtige, Irland eine besondere Exekutive zu geben, die einer besonderen gewählten Körperschaft verantwortlich sei. Wenn dem so wäre, so würde das genau der Gladstonischen Homerule entsprechen. Balfour ging dann auch auf die Zollreform ein, berührte aber keine Fragen der auswärtigen Politik.

Sofia, 30. Dez. Die Blättermeldung über den Abschluß einer serbisch-bulgarischen Zollunion wird von kompetenter Stelle entschieden für unrichtig erklärt.

Sofia, 30. Dez. Die Sobranje nahm in ihrer gestrigen Sitzung die Handelsverträge mit Deutschland, England und Rußland an.

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Erich Beuthner; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Arthur Ploch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten —
(einschl. „Unterhaltungsblatt" und „Blätter fürs Haus").

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Hannover, 30. Dezbr. Die Hannoversche Baugesellschaft beschloss in ihrer gestrigen ausserordentlichen Generalversammlung sämtliche Aktiengruppen, und zwar 55 Stammaktien, 3708 ältere und 1160 neue Prioritäts-Stamm-Aktien in ihren Rechten gleichzustellen. Ferner wurde beschlossen, dass auf jede der älteren 3708 Prioritäts-Stamm-Aktien als Entgeld für das frühere Dividendenanzahlungsrecht für den Zeitraum vom 1. Januar 1883 bis 31. Dezember 1887 ein auf Ordre lautender durch Indossement übertragbarer Gewinnanteilschuldscheine über 150 Mark ausgestellt wird.

Noten der Bank für Süddeutschland zu Darmstadt. Mit dem 1. Januar 1906 besteht für die Darmstädter Bank keine Verpflichtung mehr, die Noten der Bank für Süddeutschland zu Darmstadt (100 M., grünlich) einzulösen. Die Noten, die seit 1. Januar 1903 außer Kurs gesetzt sind und seither bei der Darmstädter Bank nur als einfache Schuldscheine eingelöst wurden, verlieren also mit dem 31. Dezember 1905 ihre Gültigkeit.

Rio de Janeiro, 28. Dez. Wechsel auf London $16^3/_4$.

Preise von Kali-Kuxen,
festgestellt von Samuel Zielenziger, Berlin u. Essen, 29. Dez.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Alexandershall	10,150	10,300	Hohenfels	10,850	11,100
Beienrode	9000	9100	Hohenzollern	8775	8850
Brandenburg	475	550	Hugo	—	2000
Burbach	15,100	15,250	Johannashall	7000	—
Carlsfund	11,000	11,150	Justus I.	—	181
Cecilienhall	380	420	Kaiserode	9850	9950
Desdemona	4850	4950	Ludwigshall	—	146
Deutschland	3300	3350	Neustaßfurt	20,300	20,600
Friedrichshall	$162^1/_2$	$167^1/_2$	Roland	375	450
Glückauf-Sondersh.	19,200	19,490	Ronnenberg (Akt.)	195	200
Hannov. Kali-Akt.	90	92%	Salzdetfurt Kaliw. A.	$272^1/_2$	$277^1/_2$
Hansa	3050	3100	Schieferkaute	2900	—
Hattorf	1375	1425	Schwarzburger Sal.	—	880
Hedwigsburg	10,700	10,900	Siegfried I	3725	3775
Heldburg	$83^3/_4$	$84^1/_2$%	Sigmundshall	—	352%
Heldrungen	4000	—	Wilhelmshall	16,000	16,150
Hercynia	22,500	23,200	Wintershall	13 650	13,900

Schlachtviehhofmarkt Leipzig,

29. Dez. Marktpreise für 50 kg in Mark, erste Notierung für Lebendzweite für Schlachtgewicht.

Auftrieb: 436 Rinder, und zwar: 134 Ochsen, 29 Kalben, 183 Kühe, 90 Bullen; 954 Kälber; 439 Stück Schafvieh; 2525 Schweine; zusammen 4454 Tiere.

Ochsen:	1. vollfleischige, ausgemästete	—	84
	2. junge fleischige, nicht ausgemastete	—	80
	3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	—	76
	4. gering genährte jeden Alters	—	60
Kalben u. Kühe:	1. vollfleischige, ausgemästete Kalben	—	79
	2. vollfleischige, ausgemästete Kühe	—	74
	3. ältere ausgemästete Kühe	—	68
	4. mäßig genährte Kühe und Kalben	—	61
	5. gering genährte Kühe und Kalben	—	50
Bullen:	1. vollfleischige höchsten Schlachtwertes	—	71
	2. mäßig genährte jüngere u. genährte ältere	—	66
	3. gering genährte	—	60
Kälber:	1. feinste Mast. (Vollm.-M.) u. beste Saugkälber	52	—
	2. mittlere Mast- und gute Saugkälber	46	—
	3. geringe Saugkälber	38	—
	4. ältere gering genährte (Fresser)	—	—
Schafe:	1. Mastlämmer und jüngere Masthammel	41	—
	2. ältere Masthammel	38	—
	3. mäßig genährte Hammel, Schafe (Merzschafe)	—	—
Schweine:	1. vollfleischige der feineren Rassen	—	71
	2. fleischige	—	68
	3. gering entwickelte, sowie Sauen und Eber	—	66
	4. ausländische (aus.....)	—	66

Geschäftsgang in Rindern, Kälbern, Schweinen und Schafen sehr langsam. Verkauft: 350 Rinder, und zwar: 100 Ochsen, 26 Kalben, 155 Kühe, 69 Bullen, 954 Kälber, 367 Schafe, 2140 Schweine.

Waren- und Produktenberichte.

Getreide, Mühlen-Erzeugnisse usw.

* **Berlin**, 29. Dez. Frühmarkt [amtlich festgestellte Preise]. Weizen, neuer inländischer —.— — —.— M. Roggen, neuer, guter inländischer 165,00—168,00 M. Gerste, leichte inländ. Futtergerste 145—153, schwere 154—164, russische und Donau-, leichter 139—143, schwere 144—158, alles ab Bahn u. frei Wagen. Hafer, märk., mecklenbg., pomm., posen., schles., fein 168—178, mittel 157—167, gering 153—158, russischer fein 154—159, mittel u. gering —.— ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mixed, gering 130,00—133,00, mit Geruch —.—, runder 134—137 frei Wagen. Erbsen, inländische und ausländische Futterware, mittel 170—173, feine und Taubenerbsen 174—179 ab Bahn und frei Wagen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19051230017/fragment/page=0003

Weizenmehl No. 00 loco 22,50–24,50, Roggenmehl No. 0 und loco 21,40–23,30. Weizenkleie 10,20—11,00. Roggenkleie 10,60–11,00 M. ab Mühle.

* **Hamburg, 29. Dez. Weizen träge, mecklenb. u. ostholstein 172–179. Roggen fest, mecklenb. u. altmärk. 168–171, russ. cif. 9 Pud 109/15 Dezbr 130,00. Gerste träge, südruss. cif. Des. 109,00. Hafer fest, holstein. u. mecklenb. 163–170. Mais träge. Americ. mixed cif. für prompte Lieferung 108,50. La Plata cif. Dez. Jan. 107,00.**

* **Antwerpen, 29. Dez. Weizen ruhig, Mais flau, Hafer stetig, Gerste fest.**

New York, 29. Dez. [Telegr.] Roter Winterweizen. Loco 93¾ (vorige Notierung 93¼), Dez. 94⅛ (94½), Mai 91⅞ (91¼), Juli 88⅞ (88¼). Mais Dezember 57⅛ (56), Mai 50¼ (50⅛), Juli 50⅝ (50⅜). Mehl 3.30 (3,30). Getreidefracht 2½ (2½).

Chicago, 29. Dez. [Telegr.] Weizen Dezbr. 83⅜ (82¾), Mai 87⅝ (86⅞). Mais Mai 44⅜ (44⅛).

Kartoffelmehl und Stärke.

* **Berlin, 29. Dez. Kartoffelmehl und Stärke 18,50. Feuchte Stärke 9,50.**

* **Magdeburg, 29. Dez. Kartoffelstärke und -Mehl 18,75—19,00.**

Kaffee.

* **Hamburg, 29. Dez. [Schluß.] Kaffee good average Santos per Dez. —,— Gd., März 37,00 Gd., Mai 37,35 Gd., Sept. 38,25 Gd. Ruhig.**

* **Hamburg, 29. Dez. Kaffee ruhig. Umsatz 1500 Sack.**

* **Amsterdam, 29. Dez. Java-Kaffee good ordinary 31,00.**

* **Havre, 29. Dez. [Schlußbericht.] Kaffee good average Santos Dez. 45,75, März 45,75, Mai 46,00, Sept. 46,75. Ruhig.**

Zucker.

* **Hamburg, 29. Dez., nachm. 6 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88 % Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Dezember 16,30, Januar 16,25, März 16,65, Mai 16,90, Aug. 17,30, Okt. 17,50. Ruhig.**

* **London, 29. Dez. 96 % Javazucker ruhig, loco 9 sh. 3 d., Rüben-Rohzucker stetig, loco 8 sh. 1½ d.**

* **Paris, 29. Dez. Rohzucker ruhig. 88% neue Kondition 20,25 bis 20,50. Weißer Zucker matt. No. 3 für 100 kg Dez. 23¾, Jan. 23⅞, Jan.-April 24, März-Juni 24⅝.**

Spiritus.

* **Nordhausen, 22. Dez. Branntwein loco 45% Vol. für 100 kg ohne Faß ab Brennerei 66,75—67,75, Dez.-Sept. 67,50—68,50, desgl 40 % Vol. loco 59,25—60,25, Dez.-Sept. 60—61 M.**

* **Hamburg, 29. Dez. Spiritus ruhig. Dez. 19,00 G., Dez.-Jan. 19,00 G., Jan.-Febr. 19,00 G.**

* **Paris, 29. Dez. Spiritus fest. Dez. 37,50, Jan. 37,00, Jan.-April 37,25, Mai-Aug. 37,75.**

Petroleum.

* **Hamburg, 29 Dez. Petroleum fest Stand. white loco 7,40.**

* **Antwerpen, 29. Dez. [Schluß.] Raffiniertes, Type weiß loco 19,50 bzB., Dez. 19,75 B., Jan. 19,75 B., Jan.-März 20,00. Ruhig.**

* **New York, 29. Dez. [Telegr.] Petroleum Standard white in New York 7,60, in Philadelphia 7,55, Refined (in Cases) 10,30, Credit Balances at Oil City 1,55.**

Olsaaten, Öle, Fettwaren.

* **Bremen, 29. Dez. Schmalz ruhig. Loko, Tubs u. Firkins 39¾ Pf., in Doppeleimerp 40½ Pf. Speck stetig**

* **Hamburg, 29. Dez. Rüböl fest, verzollt 50,00.**

* **Köln, 29. Dez. Rüböl, loco 52,50, Mai 53,50.**

* **Antwerpen, 29. Dez. Schmalz per Dez. —,—.**

* **Paris, 29. Dez. [Schlußbericht.] Rüböl fest. Dez. 55,00, Jan. 55,00, Jan.-April 55,25, Mai-Aug. 57,00.**

* **New York, 29. Dez. [Telegr.] Schmalz, Western steam 7,75, Rohe und Brothers 8,00.**

* **Chicago, 29. Dez. [Telegr.] Schmalz, Jan. 7,30, Mai 7,47½.**

Wolle. Baumwolle.

* **Bremen, 29. Dez. Baumwolle matt. Upl. middl. loco 59½.**

* **Liverpool, 29. Dez. [Schluß.] Baumwolle. Umsatz 8000 B., davon für Spekulation und Export 500 B. Tendenz: stetig.**

Amerikanische good ordinary Lieferungen: willig. Dezbr. —, Dez.-Jan. 6,08, Jan.-Febr. 6,08, Febr.-März 6,13, März-April 6,17, April-Mai 6,20, Mai-Juni 6,23, Juni-Juli 6,24, Juli-August 6,25, August-Septbr. 6,16.

Manchester, 29. Dez. 12r Water Taylor—, 20r Water Leigh 8⅝, 30r Water courante Qualität 9¼, 30r Water bessere Qualität 9⅞, 32r Mook courante Qualität —. 40r Mule Mayall 10¼, 40r Medio Wilkinson 11. 32r Warpcops Lees 9½, 36r Warpcops Rowland —, 36r Warpcops Wellington 10½, 40r Double Weston 11⅛, 60r Double cour. Qualität 14⅜, 32r 116 yards 6×16 grey printers aus 32r/40r 237.

Metalle.

* **Eisleben, 29. Dez. MR. A Kupfer 173—176 M. per 100 kg ab Bahnstation Hettstedt, netto Kasse.**

* **Hamburg, 29 Dez. Silber 88,50 Br., 88,00 G.**

* **London, 29. Dez. Silber 29⅛/16.**

* **Amsterdam, 29. Dez. Bankazinn 99½.**

* **London, 29. Dez. [Schluß.] Rechnungsland Exploration 0,78, Cape Copper 5,68, Consolidated Goldfields of Afrika 5,62, De Beers 17,37, Durban Roodepoort 3,87, New Jagersfontain 7,56, Transvaal Mining and Gold Estates 1,18, Chartered 1,72, East Rand 6,12, Randmines 7,12, Shebas 8/9. Willig.**

* **London, 29. Dez. [Schluß.] Chilikupfer fest, 79⅝ Lstrl., 2 Mon. 79½. Zinn flau, Straits 160⅝, 3 Mon. 160⅜. Blei ruhig, span. 17⅝, engl. 18. Zink fest, gewöhnl. Marke 29½, spez. 29⅝.**

* **Glasgow, 29. Dez. [Vormittag.] Roheisen. Mixed numbers warrants 54 sh. 0 d.**

* **Glasgow, 29. Dez. [Schluß.] Roheisen. Mixed numbers warrants —, Middlesborough 54 sh. 0 d.**

Chemische Produkte.

London, 28. Dez. Chilisalp. ord. 10 sh. 7½ d., raff. 11 sh. 1½ d.

Wasserstände, + bedeutet über, — unter Null.

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	28. Dez.	+0,71	29. Dez.	+0,71	—	—
Weißenfels, Oberpegel	»	+2,50	»	+2,50	—	—
do. Unterpegel	»	+0,60	»	+0,62	—	2
Trotha	29. »	+ —	30. »	+ —	—	—
Alsleben, Oberpegel	28. »	+2,58	29. »	+2,55	3	—
do. Unterpegel	»	+2,28	»	+2,14	14	—
Bernburg	»	+1,72	»	+1,65	7	—
Kalbe, Oberpegel	»	+1,74	»	+1,72	2	—
do. Unterpegel	»	+1,46	»	+1,38	8	—

Der Wasserstand von Trotha befindet sich im Abendblatt.

Moldau. Isar. Eger. Elbe.	Dez.	Fall	Wuchs		Dez.	Fall	Wuchs
Budweis	28 +0,08	2	—	Torgau	29 +1,23	12	—
Prag	» +0,32	—	—	Wittenberg	» +2,38	6	—
Jungbunzlau	» +0,10	1	—	Roßlau	» +1,87	—	1
Laun	» +0,13	4	—	Barby	» +2,24	—	—
Pardubitz	» +0,02	5	—	Magdeburg	» +1,31	—	—
Brandeis	» +0,05	5	—	Tangermünde	» 2,82	—	1
Melnik	» −0,04	9	—	Wittenberge	» +2,53	—	2
Leitmeritz	» +0,09	9	—	Dömitz Peg.	28 +1,92	—	6
Außig	29 +0,31	2	—	Lauenburg	29. +1,89	—	4
Dresden	» −1,01	9	—				

Aussig. Von den oberen Plätzen werden 33 cm Fall gemeldet.

Berliner Börse.

29. Dezbr.

(Ergänzung zu den telephon. Meldungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Diskont.

Berlin Wechsel 6, Lombard 7. Amsterdam 3. Brüssel 4. Italien. Plätze 5. Kopenhagen 5. Lissabon 4. London 4. Madrid 4½. Paris 3. Petersburg und Warschau 6½. Schweiz Plätze 5½. Norw. Plätze 5½ Schweiz 5. Wien 4½.

Geldsorten und Banknoten.

Münz-Dukaten	pr. St	—	—
Rand- do.	do.	—	—
8 Gulden-Stücke, öst. do.		—	—
Gold-Dollars	do.	—	—
Imperials, alte	do.	—	—
do. do.	zu 500 G.	—	—
do. neue	pr. St.	16,12	bG
do. do.	zu 500 G.	—	—
Amerik. Noten	2 u. 1 D.	4,155	bG
do. Coup., zhlb. N.-Y.		4,1675	G
Oest. Bkn. Abschn. 1-2000 K.		84,85	br
Russ. do. do.	zu 500 R.	215,00	br
do. do.	do. 5, 3 u. 1 R.	215,00	br
Skandin. Bkn.	zu 100 Kr.	112,00	G
Russ. Zoll-Coup.	100 G.-R.	321,25	br
do. do.	kleine	321,25	br

Deutsche Staatspap., Pfand- und Rentenbriefe, Provinz- und Stadt-Anleihen und Lose.

D. Reichs-Schatzanw. 1905 unk. 1907	3½	99,60	G
do. von 1904	3½	99,50	G
Bad. St.-A. II unev. 09	4	102,70	G
do. Präm.-Anl. v. 67	4	152,75	bG
Bayr. Präm.-Anl. v. 66	4	—	—
Bremer Anl. 1887, 88, 90	3½	98,40	bG
Gr. Hess. St.-A.	3½	—	—
Hamb. Staats-Rente amort. 1900	4	102,50	bG
do. do. 1904	3½	99,00	G
Lüb. St.-Anl. unk. 14	3½	98,70	bG
Ostpreuß. Prov.-Anl.	4	104,40	br
do. von 1904	3½	97,60	bG
Rheinprov. XX-XXI	4	—	—
Westf. Prov. II, III, IV	3½	98,60	bG
Teltow. Kr.-Anl. uk. 15	4	104,25	G
Barmen Stadt-Anl.	3½	97,80	br
Berlin St.-Synode 02	3½	98,60	br
Cassel St.-Anl. I. 1901	3½	98,50	G
Charlottenb. 95, 99, 02	3½	98,90	br
Cöthen 80 84 90 96 98 03	3½	99,25	G
Dortmund 1891, 98, 03	3½	97,90	br
Dresden 1900 unk. 10	4	103,50	br
do.	3½	98,90	br
Düsseld. 88, 93, 94, 00, 03	3½	98,20	G
Eisenach 1899 unev. 09	4	102,40	G
Frankfurt a. M. 1903	3½	99,25	br
Glauchau 1894, 1903	3½	97,90	G
Halberstadt 1902	3½	98,30	br
Köln 1900 unev. 06	4	101,50	bG
do. 94, 96, 98, 1901, 03	3½	99,00	G
Nürnberg St.-A. 1903	3	67,60	G
Sächs. Idw. Pfbr. IIA., XXII, XXIII	4	—	—
do. Kreditbriefe	4	102,10	bG
do. do.	3½	96,70	bG
Kur- und Neumärker (Brdbg.) Rentenbr.	4	101,80	bG
Pomm. Rentenbriefe	4	101,80	G
Posensche do.	4	101,80	bG
Preußische do.	4	101,80	bG
Sächsische do.	4	101,90	G
Schlesische do.	4	101,60	bG
Braunschw. 20 Tlr.-Lose, Mark per Stück		228,00	bG
Köln-Mind. 3½% Pr.-Anl.		143,25	bG
Meining. 7 fl.-Lose M. p. St.		50,60	bG

Ausländische Fonds, Stadt-Anleihen und Lose.

Argent. Eisenb.-Anl.	5	99,75	bG
do. Ani. v. 1897	4	88,60	bG
Chilen. Anl. v. 1889	4½	—	—
Chines. do. v. 1896	6	—	—
do. do. kleine	6	104,25	bG
Griech. 5% do. v. 81/84	1,6	51,90	G
do. 5% do. kleine	1,6	51,90	G
do. 5% Goldrte. P.L.	1,6	56,00	bG
do. 5% do. kleine	1,6	56,00	bG
Oesterr. einhtl. Rente	4	—	—
Portug. Anl. III Spec.	freo	13,30	bG
Rumän. Anl. amort.	5	101,30	G
do. do. kleine	5	—	—
do. do. v. 1891	4	—	—
Russ. Anleihe v. 1906	4½	91,25	bG
do. v. 1890 II. En	4	—	—
do. Cons. 89 25 u. 10 r.	4	81,60	br
do. conv. Obligat.	3½	75,10	bG
Schwed. St.-R.-A. v. 03	3½	—	—
Bukar. Stadt-A. 88 ev.	4½	96,50	bG
do. do. kleine	4½	98,25	bG
Buen.-Air. do. 500 L.	4½	—	—
do. do. 100 L.	4½	94,50	bG
Lissab. do. v. 86 2000 M.	4	86,70	bG
Wien. Stadt-Anl. v. 98	4	100,20	bG
Schwed. Hyp.-Pfdbr.	4	100,30	br
do. do. rückz. 103½	4	102,50	G
do. Städte-Pfdb. v. 09	4	100,00	br
Ungar. Spark. Pf. IV, V	4½	—	—
do. do. I, II	4	97,00	G
Barletta 100 Lire fr.	MpSt.	20,25	G
Freiburg. 15 Frs. fr.	»	66,50	G
Oest. 1858 Kredit fr.	»	—	—
do. 1860 L. 20%		407,75	br
C.-St.	4	M. %	158,80
do. 1864 Lose fr.	MpSt.	492,00	br
Russ. Präm.-Anl. v. 1864	5	M. %	— —
do. do. v. 1866	5	»	— —

Hypothekenbank-Pfandbriefe u. Obligationen.

Berl. Hyp. 80% abg.	4	99,75	bG
do. do. do.	3½	94,00	bG
do. v. 1904 Ser. I, II	4	101,60	bG
Braunschweig-Han. S. XVIII unk. 05	4	101,00	bG
do. S. XXI XXII uk. 11	4	102,25	G
do. S. I, X, XI	3½	96,50	bG
do. S. II-IX, XII-XV	3½	95,60	bG
do. S. XIX	3½	95,60	bG
do. S. XX unk. b. 1910	3½	95,75	bG
D. Hyp.-R.-Pfdb. VII	4	100,40	bG
do. XI-XII unk. 10	4	101,75	bG
do. XIV unk. b. 1914	4	103,00	bG
do. XIII-XIII A.	3½	100,25	bG
do. IX	3½	95,50	bG
Gothaer Grundc. Pr.-Pf. I	3½	—	—
do. do. II	3½	—	—
do. do. III u. IV	3½	102,30	G
do. do. V u. VI	4	100,20	bG
do. IX u. IX a, unk. 09	4	100,80	G
do. X u. X a, unk. b. 13	4	102,20	bG
do. S. XII, unk. b. 14	4	102,20	bG
do. S. VIII	3½	97,30	bG
do. S. XI, unk. b. 1915	3½	97,80	G
Hamb. Hyp.-Pfdbr.	4	100,10	bG
do. S. 341-400	4	101,40	bG
do. S. 401-450	4	103,00	bG
do. S. 1-190	3½	94,80	bG
do. S. 311-330	3½	96,50	bG
Leipz. Hyp.-B. S. VIII	4	102,80	G
do. do. S. IX	4	102,50	G
do. S. VII unk. b. 08	3½	97,80	G
Meckl. H.-u. W.-B. S. V	4	101,75	bG
Meim. Hyp.-Bk. S. II	4	100,50	bG
do. do. VI	4	100,70	bG
do. VII unk. b. 1908	4	100,50	bG
do. VIII unk. b. 1911	4	102,00	bG
do. IX unk. b. 1914	4	103,00	bG
do. conv.	3½	97,00	bG
do. unconv. b. 1905	3½	97,00	bG
do. unkündb. b. 1907	3½	97,00	bG
do. X unev. b. 1912	3½	97,60	bG
Mitteld. Bod.-Cred.-A. S. IV unk. b. 09	4	101,50	bG
do. unk. b. 08	3½	96,00	G
Norddeutsche Grundcr. S. XII unk. b. 12	4	101,50	bG
do. S. XIII unk. b. 12	3½	96,75	br
Pr. Bd.-Cr. S. IV rz. 115	4½	114,80	G
do. do. S. X rz. 110	4	111,60	G
do. do. S. XIII	4	100,10	bG
do. S. XIV unk. b. 35	4	100,10	bG
do. S. XVII do. 1906	4	100,10	G
do. S. XVIII do. 1910	4	101,40	bG
do. S. XIX do. 1911	4	101,60	G
do. S. XXI do. 1913	4	101,90	bG
do. S. XX unk. b. 1913	3½	99,50	bG
do. S. XI	3½	95,70	bG
do. S. XV	3½	95,00	bG
do. S. XVI u. conv.	3½	94,70	bG
Pr. Ctr.-Bd.-Cr. v. 1890	4	100,50	bG
do. v. 1898 unk. b. 1908	4	102,10	G
do. v. 1903 do. 1912	4	103,60	br
do. v. 1886, 89, 94	3½	95,90	bG
do. v. 1886 do. 1906	3½	95,90	br
do. v. 1904 unk. b. 1913	3½	97,50	bG
do. Oestr. Boden-Comm.-Obl.	4	—	—
do. do. v. 97, 94	3½	99,00	G
do. do. v. 1888	3½	98,00	G
Pr. Hyp.-A.-B. abgk.	4	100,30	bG
do. do. do.	3½	94,50	bG
do. unk. bis 1913	4	102,00	bG
Preuß. Pfdb. Bk. S. XX u. XXI unk. 1910	4	100,60	bG
do. S. XXV unk. 14	4	102,75	bG
do. S. XXVI unk. 15	4	103,00	G
do. S. XXVI unk. 14	3¾	100,00	bG
do. S. XXIV unk. 12	3½	96,75	bG
do. Kl.-Obl. unk. 08	4	99,60	bG
do. Com.-Obl. II. b. 10	4	—	—
do. do. IV unk. 12	3½	101,25	G
do. do. II unk. 12	3½	98,50	bG
Rh.-W.-R.-C. S. IX, IXa	4	102,00	bG
do. S. VI unk. b. 08	3½	96,90	G
do. S. X von 1905	4	103,00	G
Sächs. Boden-Credit S. III unk. b. 1909	4	102,75	bG
do. S. IV unk. b. 1910	4	103,00	G
do. S. II unk. b. 1908	3½	99,00	G
Schwarzbg. Hyp.-B. S. III u. IV	4	100,50	bG
do. S. VI unk. b. 12	4	102,10	bG
do. Ser. I unk. b. 06	3½	98,00	G
Westd. Boden-Credit S. II, kündb.	4	101,00	G
do. Ser. I	4	100,80	G
do. Ser. V, unk. b. 09	4	101,60	G
do. Ser. VI, unk. b. 10	4	102,00	G
do. Ser. VII, uk. 11	4	102,70	bG
do. Ser. III, unk. b. 05	3½	96,00	bG
do. Ser. IV, unk. b. 07	3½	97,00	G
Westpr. ritter. I, I B	3½	100,60	G

Bank-Aktien.

Barmer Bank-Verein	6½	141,50	bG
Braunschw. Bank	5½	117,00	bG
Bresl. Wechsl.-Bank	5	107,25	br
Coburger Kreditbank	4½	97,50	G
Danziger Privatbank	6½	127,75	br
Disch.-Asiat. Bank	10	183,00	br
Dtsch. Eff. W. (Hahn)	5	112,75	G
do. Hypoth.-B. (Berl.)	7	146,90	br
Gothaer Privatbank	6	130,50	br
Hamb. Hypoth.-B.	8	172,60	bG
Lübecker Kommerzb.	7	138,80	G
Meining. Hypoth.-B.	7	154,10	bG
Preuß. Hypoth.-A.-B.	5	124,00	br
do. Pfandbriefb.	7	147,00	G
Westdtsch. Bod.-Kr.	6½	141,50	bG

Deutsche Eisenb.-Prioritäten.

Halb.-Blankb. 1884 c.	3½	—	—
Lüb. - Büchen v. 1902	3½	—	—
Magd.-Wittenb. St. A.	3	89,75	G
Starg.-Küstr. uk. 1906	3½	—	—

Deutsche Eisenb. Stamm-Akt.

Eutin-Lübeck	3	86,75	bG
Liegn.-Rawitsch Lit. B	3½	—	—
Nordh.-Wernig. Lit. A	4½	92,20	bG

Ausländ. Eisenb. Prioritäten.

Anatol. Bhn. I. kleine	5	103,50	G
do. Ergänz. kleine	5	101,90	bG
Centr.-Pac. I Ref. rz. 49	4	—	—
do. rz. 29	3½	—	—
Kosl.-Woron. v. 1884	4	82,40	br
Kronp. Rudolfb. gar.	4	100,10	bG
K.-Chark.-As., v. 1889	4	81,60	bG
Kursk.-Kiew	4	80,25	br
Macedon. Gold-Prior.	3	54,90	bG
do. do. kleine	3	67,25	bG
Moskau-Kasan	4	84,00	br
do. Kiew-Wor. uk. 06	4	82,80	br
do. Smolensk	4	84,90	br
do. Wind-Ryb. unk. 09	4	81,50	bG
North. Pacific, Gen. L.	3	76,50	bG
Österr. Frz-St.-B. alte	3	86,60	br
do. do. v. 1874	3	87,10	G
do. do. v. 1885	3	84,20	G
do. do. v. 1895	3	82,10	G
do. do. I u. II	5	110,90	G
do. do. Gold	4	105,70	bG
Orel-Griasi-Obl., v. 89	4	81,25	br
Portg. v. 1889 abg. I. R.	4½	100,90	bG
Räsan-Kozlow	4	83,90	br
do.-Uralsk. v. 98 u. b. 09	4	82,00	br
Russ. Südostbahn v. 01	4	81,90	br
Russ. Südwestbahn	4	82,10	br
Rybinsk, unk. b. 1906	4	81,90	br
Südösterr. 5% Oblig.	5	106,25	bG
do. Gold	4	96,25	G
Türk. Bagdad-K.-A. I.	4	87,60	bG
Warsch.-W. X., XI. S.	4	90,10	br

Ausländ. Eisenb. Stamm-Akt.

Anatol. Eisenb. volle	5	115,80	bG
do. do. 60%	5	121,25	bG

Industrie-Aktien.

Albert Chem. Werke	18	566,60	bG
Alfeld-Gron. Papierf.	9	167,00	br
Annaburger Steingut	8	175,00	B
Archimedes	5	157,00	bG
Arenberg Bergbau	35	726,25	bG
Balcke Tellering & Co.	8	174,20	bG
Berlin-Charl. Bau	freo	683,00	G
Berl. Unionbrauerei	6	114,00	bG
do. Bock-Br. ev. u. n.	8	146,75	bG
do. Spand. Berg-Br.	7	154,50	bG
do. Königstr. Br.	7	154,50	bG
do. Pfefferberg Br.	14	233,75	bG
Breslauer Ölfabrik	4	79,10	G
do. Spritfabrik	15	257,60	bG
Breuer Masch.-Fabr.	6	138,25	bG
Caroline b. Ottfleben	15	306,00	bG
Charlottb. Wasserw.	15¾	328,80	br
Consol. Marie Br.-W.	4	107,60	bG
Deutsche Jute-Spinn.	10	166,00	bG
do. Spiegelglas Ges.	14	276,50	bG
Dresdn. Gardin.-F.	12	191,00	G
do. Strassenbahn	8¼	166,50	G
Dürkopp Bielef. M.	28	444,00	bG
Düsseldorfer Eisenb.	0	128,00	bG
Düsseldorf. Waggonf.	17	289,70	bG
Eckert Maschinen-F.	9	161,00	bG
Elberfeld. Farbenf.	30	547,00	bG
do. Papierfabrik	20	245,25	bG
Erfurter Strassenb.	7	143,00	G
Façon Mannstädt	8	190,00	bG
Flensburg. Schiffbau	4	183,75	br
Freund Masch. conv.	12	322,50	bG
Fritzsche, Buchbind.	0	63,25	bG
Gaggen. Eisenw. V.-A.	6	125,00	bG
Gelsenk. Gußstahl	0	110,80	bG
Gerresh. Glashütten	7½	229,90	br
Gladbach. Woll-Ind.	14	166,10	G
Görlitzer Eisenbbed.	15	310,50	G
Grevenbroich Masch.	0	93,80	br
Griesheim. Elektron.	12	252,00	G
Handelsg. f. Grundb.	0	216,00	bG
Hansa, Dampfschiffg.	9	138,90	br
Harb.-Wien. Gummi	12½	257,25	bG
Harkort Bergw.-Ges.	11	164,50	bG
Hedwigshütte	12	185,00	bG
Hein, Lehmann	0	120,75	G
Herbrand Waggonf.	10	181,40	br
Hoffmann Stärkef.	12	211,80	br
Hofmann Waggon	18	343,00	bG
Hotelbetriebs-Ges.	20	278,00	bG
Ilse Bergbau	14	366,00	G
Körting, Gebr.	8	138,00	bG
Lauchhammer conv.	8	168,75	bG
Linke Wagenbau	12½	302,50	bG
Mgdeb. Bau-u. Kr.-H.	5	95,10	bG
Magdeburg. Bergw.	28	—	—
do. Part.-Pr.	28	—	—
do. Allg. Gas	7	137,50	G
do. Mühlenwerke	6	104,50	G
do. Straßenbahn	7	158,50	G
Massener Bergbau	4	136,00	bG
Mechan. Web. Zittau	8	179,75	B
Mix & Genest Tel.-F.	7½	147,75	bG
Müller, Spielsefabr.	16	282,00	bG
Neu-Bellevue i. Liqu	freo	1555,00	br
Nordd. Riesw., St.-Akt.	2	76,90	br
do. do. Vorz.-Akt.	5	114,50	G
Nordd. Jute-Sp., Lit. A	6	128,00	G
do. do. Lit. B	2	95,75	B
Nordsee-Dampffisch.	6	143,90	br
Nürnbg. Herkulesw.	12	196,00	bG
Oppenler Zement	9	—	—
Petersb. elekt. B. St.-A.	4	99,25	bG
do. do. Vorz.-Akt.	7	132,00	bG
Reichelt Metallschr.	11	218,00	G
Rhein. Spiegelglas-M.	8	187,90	br
Rh.-Westf. Sprengst.	13	234,00	bB
Sächs. Gussst. Döhlen	15	279,75	G
Saxonia Zementfabr.	5½	155,50	bB
Schl. Leinw. Kramsta	5,8	127,00	bG
Schles. Zink, St. Pr.	19	429,00	G
Schöfferhof Br. Mainz	11	174,60	bG
Schönbr. Fr. Term.-C.	12	198,75	br
Schubert & Salzer	20	324,50	bG
Schwartzkopff Masch.	10½	241,00	bG
Stollwerck, Gb., V.-A.	6	123,90	bG
Strals. Spielk. St.-Pr.	7	129,50	G
Terr.-Ges. Halensee	freo	2930,00	bG
V. Chem. Werk. Charl.	12	212,80	br
Ver. Dampf-Ziegelei	15	151,25	bG
V. Köln-Rottw. Pulv.	16	280,60	bG
V. Stahlw. Zyp. u. Wjs.	10	198,90	br
Voigtl. Masch. St.-Akt.	9	171,00	br
do. do. Vorz.-A	9	174,25	G
Westfäl. Kupfer	6	134,80	bG
Westd. Boden-Ges.	4	127,90	bG
Wollwaren Merkur	16	234,75	G

Obligationen von Industrie-Gesellschaften.

Akt.-Ges. f. Anil. Fabr.	4	103,25	G
do. do.	4½	103,75	G
Allgem. Elektr.-Ges.	4	100,30	br
do. do.	4½	—	—
Anhalt. Kohlenwerke	4	99,50	br
Berl. Elektr.-Werke	4	—	—
do. do. unk. 06	4½	102,00	bG
do. do. unk. 08	4½	102,00	bG
Bismarckhütte	4½	102,00	bG
Braunschw. Kohlen	4½	104,10	G
Buderus Eisenwerke	4	—	—
Burbach Gewerkschaft	5	104,00	G
Charlott. Wasserw.	4	100,30	br
Continentale do.	4½	101,60	G
Dannenbaum	4	99,50	bG
Dessauer Gas	4½	106,25	br
do. 1892	4½	106,25	br
do. 1898	4	104,00	G
Deutsch-Ital. Tel.-Ges.	4	101,50	G
Dtsch. Bierbrauerei	4½	103,40	B
do. Kabelwerke	4½	104,10	G
Donnersmarckhütte	4½	97,00	G
Dortmund. Union	5	112,90	bG
do. do.	5	103,00	bG
do. do.	4	99,00	bG
Elektr. Lief.-Ges.	4½	104,70	br
do. Licht-u. Kraft	4½	—	—
do. do. unk. 10	4½	104,00	G
Gelsenkirch. Bergw.	4	—	—
Georg-Mar. Bergw.	4½	101,75	G
do. do.	4	—	—
Ges. f. Elektr. Unternehm.	4	99,00	br
do. do.	4½	102,50	br
Gewerksch. D. Kaiser	4	—	—
do. do. unk. 10	4	100,50	bG
Hamb.-Amerik. Pakf.	4	102,00	G
do. do.	4½	103,40	B
Harpener conv. 1892	4	100,50	br
do. unk. 07	4	101,25	bG
Hartm. Maschinen	4½	—	—
Helios, elektr.	2½	81,00	bG
Hibernia 1903	4	101,90	br
Höchster Farbw.	4½	102,75	G
Hohenfels Gew.	5	104,50	G
Gebr. Körting	4½	102,75	br
Krupp Gussstahl	4	102,00	bG
Laurahütte	4	101,10	G
Ludw. Löwe & Co.	4	100,25	bG
Naphtha Gold-Anl.	4½	96,50	br
Neue Bod.-Ges.	4	99,80	br
do. do.	3½	95,25	bG
Norddeutsch. Lloyd	4½	101,50	bG
do. do.	4	101,00	bG
do. do. 1902	4	101,00	G
Oberschl. Eisenb.-B.	4	101,40	br
do. Eisen-Ind.	4	100,